

sollen", dienen tatsächlich diesem Zweck. Ja, weit hinaus über den Kreis der speziellen wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, soweit sie sich in möglichst günstigen Arbeitsbedingungen äußern, dienen sie sowie auch die Beiträge an die Partei großen allgemeinen kulturellen und humanitären Zwecken; sie ermöglichen, daß die gewerkschaftliche Organisation und die Partei als ein die Kulturentwicklung fördernder Faktor ersten Ranges wirken, sie bewirken Bildung, Aufklärung, Wissen, geistige und sittliche Hebung der von herrschenden Klassen und Regierungen in der Erziehung geistlich vernachlässigten Arbeitermassen; sie erzielen ein neues starkes Geschlecht; aus mißachteten, indifferenten Frontmännern des Kapitalismus machen sie Menschen, die der Würde und des Wertes der Arbeit bewußt sind.

Damit ihre gewerkschaftliche und politische Organisation alles das leisten kann, deshalb zahlen die Arbeiter an sie ihre Beiträge. Sie selbst oder ihre berufenen Vertreter sind es, die die Höhe der Beiträge festsetzen nach reiflichem Ermessen der Notwendigkeit. Unausgesetzt müssen sie vom Ertrag ihres Mühe dem Kapital einen erheblichen Tribut entrichten; der Staat, das Reich nimmt einen großen Teil der Früchte ihrer Arbeit für sich in Anspruch; die Arbeitskraft der Massen ist der unerlöschliche Quell des Lebens für Staat und Gesellschaft. Aus dieser Erkenntnis heraus, die die organisierte Arbeiterkraft gewonnen hat, muß die Opferfreudigkeit begriffen werden, die sie für ihre Organisation befundet.

Oft schon haben nationalliberale, konservative und ultramontane Organe ihren Parteien diese Opferfreudigkeit zur Nachahmung empfohlen, sie ermahnt, sich an der sozialdemokratischen Arbeiterkraft ein Beispiel zu nehmen. Vergebliche Mahnung! Um ihr zu genügen, müßten die bürgerlichen Parteien einen Geist haben, Grundfragen und Bestrebungen huldigen, die dem Geiste, den Grundfragen und Bestrebungen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei gleichwertig sind. Das ist aber nicht der Fall und deshalb werden sie es zu einer Nachahmung der Opferfreudigkeit der sozialdemokratischen Arbeiterkraft nie bringen, während diese darin immer mehr erlärkt und damit ein in der Geschichte wohl einzig dastehendes Beispiel solidarischer Selbsthilfe gibt, die großartige Leistungen für den Kulturfortschritt in sich schließt.

Nachdem vorstehende Zeilen schon geschrieben waren, finden wir in der „Freisinnigen Zeitung“ einen Beitrag dazu, den wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Das Blatt will „vor allem noch ein Moment“ nicht außer acht gelassen wissen, das vielmehr nach seiner Behauptung „durchaus Berücksichtigung verdient, wenn man die Auspönerung der sozialdemokratischen Arbeiter durch die Partei richtig einschätzen will“.

Nun gebet acht, werde Leser, was für ein Moment das ist. Das Freisinnigorgan schreibt:

„Es ist der Umstand, daß die Arbeiter, in denen Grundbesitzer die Genossen ihre Beiträge abzuladen haben, regelmäßig in der Soziallokalität gelebt werden, natürlich ausschließlich in der Lokale von sozialdemokratischen Publikern. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Arbeiter sich nicht darauf beschränken, in der betreffenden Lokalisation ihre Gemeindeglieder und Parteigenossen abzuladen, sondern daß sie — wie wir gern glauben, zum großen Teil ungern — sich „moralisch“ genötigt fühlen, bei ihrem Woblen auch eine Sache zu machen. So bleibt von dem Wochenlohn des Arbeiters für die Bedürfnisse von Weib und Kind herzlich wenig übrig, und die Frau ist, wenn sie mit der Familie nicht dazwischen will, gezwungen, mitzuarbeiten, und zwar wird sie unter den obwaltenden Umständen sich der Heimarbeit zuwenden. So ist es gerade die Sozialdemokratie selbst, die durch ihre hohen Ansprüche an den Verdienst der Arbeiter und durch den diesen auferlegten Kneipzwang der Heimarbeit immer neue Kräfte zuführt. Welche große Heuchelei also darin liegt, wenn die Sozialisten bei anderer Gelegenheit in heillosen Maße gegen die Heimarbeit wehren, deren Vorbedingung sie doch teilweise selbst erst schaffen, das liegt auf der Hand. Selbstverständlich wird den Parteipublikern der durch die eigenartige Zahlungsweise verschaffte Gewinn auch nicht ohne Entgelt in den Schoß geworfen. Die Herren müssen, wenn es zu den öffentlichen Wahlen — namentlich zu den Stadtverordnetenwahlen — geht, sämtlich auf Zeit sein und mit allen Kräften für den sozialdemokratischen Kandidaten Propaganda machen. Sonst geht es ihnen schief, und das Soziallokal wird in die Hände eines würdigeren Genossen verlegt. Das Ganze aber nennt sich sozialdemokratische Moral!“

In der Hauptsache werden diese unsagbar niedrigen demagogischen Gehäuflichkeiten des Freisinnigorgans von unseren kritischen Ausführungen betroffen. Es wundern uns nicht, daß sich das Blatt bemüht, die Gehäuflichkeiten des nationalliberalen Handbuchs echt „freisinnig“ noch erheblich zu übertrumpfen. Wenn die Arbeiter in Lokalen freisinniger „Publikum“ für die Rasse des Freisinnigen ihr Geld abladen würden, man darf überzeugt sein, die „Freisinnige Zeitung“ hätte nichts dagegen einzunehmen. Sie, die den Sozialisten Heuchelei vormirrt, ist es, welche die denkbar verächtliche

Heuchelei treibt. Wo laden denn die Mitglieder der vom Freisinn so sehr pörsierten Kirch- und anderen Gewerksvereine ihre Beiträge ab? Doch wohl nicht in der Redaktion der „Freisinnigen Zeitung“, auch nicht auf dem Rathaus, sondern genau so wie die bösen Sozialdemokraten in „Kneipen“, bei „Bubikern“. Die Behauptung, daß die Sozialdemokratie den Arbeitern einen „Kneipzwang“ auferlegt, ist so unsagbar erbärmlich, daß wir uns ein kritisches Eingehen darauf wohl ersparen können. Und nicht minder erbärmlich ist die Folgerung hinsichtlich des Mitarbeitens der Frau, die das freisinnige Blatt aus der Zahlung der Beiträge in Wirtschaften zieht. Ob der Arbeiter seine Glas Bier gelegentlich der Zahlung seiner Beiträge oder sonst bei einem „Partei-Bubiker“ trinkt, das kann nach vernünftigem Ermessen jedem Gegner der Arbeiterbewegung höchst gleichgültig sein. Die theoretische Konsequenz der Forderung der „Freisinnigen Zeitung“ ist, daß die Arbeiter überhaupt nicht in die „Kneipe“ gehen dürfen, wenn sie nicht verantwortlich dafür gemacht werden wollen, daß die Frau mitarbeiten muß.

Was, was würde der Freisinn darum geben, wenn alle die hier in Betracht kommenden Arbeiter als gute Freisinnige zu freisinnigen „Bubikern“ gehen und dort ihre Beiträge für die Rassen des „radikalen Liberalismus“ abladen würden!

Ausländische Arbeiter.

In letzter Nummer berichteten wir, daß der Gewerksverein der christlichen Vergleute in Rothringen in einer Eingabe an den Reichs-Langler sich darüber beschwert, daß die Grubenbesitzer ausländische Arbeiter heranziehen, um den Widerstand der inländischen Arbeiter zu brechen. Die christlichen Vergleute sind durch die schlimme Erfahrung, die sie nunmehr an sich selbst gemacht haben, zu diesem Schritt gedrängt worden. Bis in die neueste Zeit hinein haben die christlichen Gewerkschaften sich gegenüber der Heranziehung ausländischer Arbeiter gleichgültig und passiv verhalten, da sie selbst nicht unmittelbar davon berührt wurden. Sie überließen es den freien Organisationen, die sie als sozialdemokratische glaubten in Verzug bringen zu können, gegen das Unwesen der wilden Konkurrenz ausländischer Arbeitskraft, gegen das Streikbrechertum, das die Unternehmer von auswärts herangezogen, zu kämpfen. Ja, eine gewisse Achtung der christlichen Gewerkschaftsorganisation hat sogar kein Bedenken getragen, dieses Unwesen zu verteidigen und zu unterstützen. Aber „Not leitet beien“ und Not leitet handeln. Jetzt rufen christliche Arbeiter die Hilfe des Reichs-Langlers an.

Auch die liberale Presse stand dem Unwesen bisher durchaus nicht abweisend gegenüber; sie hat es oft genug in Schutz genommen, es unter dem Gesichtspunkt einer „Notwendigkeit“ zu rechtfertigen versucht. Unseres Wissens hat z. B. das „Berliner Tageblatt“ mit keiner Stirne sich dagegen gewandt, daß das Berliner hauseigentliche Unternehmertum bemüht war und noch bemüht ist, die ausgepörsen resp. freiziehenden Maurer, Zimmerer usw. durch ausländische Arbeiter zu ersetzen. Um so größer ist unsere Ueberraschung, daß das Blatt jetzt plötzlich in Rücksicht auf die Beschwerben der christlichen Vergleute, Rothringens Worte scharfer Kritik findet. Es bezeichnet diese Beschwerde als einen „Notkrei“. Es schreibt zunächst:

„Hätte es sich um den sozialdemokratischen Vergarbeitsverband gehandelt, so würde der Reichs-Langler vermutlich antworten: „Siehst du wohl, das kommt davon! Warum laßt ihr euch von der Sozialdemokratie an der Nase herumführen. Erst verheßen sie euch und dann lassen sie euch im Stich. Ich kann euch nicht helfen, sondern wasche meine Hände vor allem Volk in Unschuld.“

So würde vielleicht Fürst Bülow sprechen, wenn sich sozialdemokratische Arbeiter mit der Bitte um Schutz an ihn wendeten. Aber es sind christliche Arbeiter, ja, noch mehr, es ist der Gewerksverein der christlichen Vergarbeiter, der ihn um sein Einschreiten bittet. Und hier wird die Sache ungemütlich. Fürst Bülow hat sich so oft schon von den christlichen Arbeitern antelegraphieren lassen und sie wieder antelegraphiert, er hat so oft seine Sympathie mit der christlichen Arbeiterbewegung ausgesprochen, daß er in diesem Augenblick eigentlich nicht schweigen kann. Wir sind wirklich recht neugierig darauf, was er den christlichen Arbeitern in Rothringen antworten wird.

Ja, darauf sind wir auch neugierig. Ohne Zweifel wird Fürst Bülow den christlichen Vergleuten eine andere Antwort geben, als er einer sozialdemokratischen Organisation gegeben haben würde. Er wird nicht umhin können, sachlich auf die unterbreitete Frage einzugehen. Aber dabei wird er in großer Verlegenheit sich befinden. Denn daß er geneigt sein könnte, es mit den Unternehmern zu verzerben, ist nicht anzunehmen. Andererseits dürfte er aber auch nicht für rätlich halten, die christlichen

Petenten direkt vor den Kopf zu stoßen. Immerhin darf man überzeugt sein, daß der geschmeidige Bülow einen Ausweg aus dem dem Dilemma finden wird, der freilich die Petenten nicht befriedigen und zur Anhäufung einer Entscheidung der Frage, wie die Regierung sich zu der Heranziehung ausländischer Arbeiter stellt, nichts nützen dürfte. Dem Fürsten Bülow ist im Reichstage von sozialdemokratischer Seite oft genug Gelegenheit gegeben worden, sich zu dieser Frage zu äußern. Er hat es aber nie getan. Und andere Regierungsvertreter, ausgenommen Graf Posadowsky, haben sich immer drum herumgewunden, während der preussische Handelsminister ganz offen für die Heranziehung ausländischer Arbeiter bei Staatsbauten eingetreten ist.

Das „Berliner Tageblatt“ geht auf die Frage ein: Hat ein Arbeitgeber das Recht, den Widerstand der deutschen Arbeiter durch den Import ausländischer Arbeiter zu brechen?

Seine Antwort auf diese Frage könnte in jedem sozialdemokratischen Blatt stehen; sie ist ganz und gar zusammengesetzt aus Erwägungen und Argumenten, die auch wir nur weiß wie oft geltend gemacht haben und die auch in dem Buche Karl Frohmes „Arbeit und Kultur“ enthalten sind. Die Antwort des „Berliner Tageblatts“ lautet im wesentlichen wie folgt:

„Wer nichts ist als Vertreter eines starren Individualismus, der bejaht die Frage, ohne mit der Wimper zu zucken. Selbstverständlich, sagt der Arbeitgeber, der seine Fühlung mit dem Volksempfinden hat, kann ich in meinem Betriebe machen, was ich will. Wollen die deutschen Arbeiter zu dem Rohne, den ich ihnen biete, nicht arbeiten, dann hole ich mir ausländische Arbeiter, die damit zufrieden sind, Polen oder Italiener oder Galizier, oder wer sonst gutwillig und leistungsfähig ist.“

So haben es die Grubenmagnaten des Westens nicht erst seit heute und gestern gemacht, sondern schon seit Jahrzehnten. Wenn wir allmählich im Ruhrkohlengebiet eine polnische Frage bekommen haben, in diesem urbedingten Gebiet, so sind die Grubenbesitzer daran schuld, die den polnischen gegen den deutschen Arbeiter auszuspielen. Geht es weiter wie bisher, so ist die Zeit nicht fern, wo die preussische Regierung auch in Rheinland-Westfalen eine Ansiedlungskommission einrichten muß. Im Südboden wieder wird es eine italienische Frage geben, wie sie in Frankreich schon längst existiert.

Das durchsichtige Geheimnis dieser Fragen liegt darin, daß die polnischen und italienischen Arbeiter auf einer niedrigeren Kulturstufe als die deutschen Arbeiter stehen, zwar weniger als die deutschen Arbeiter leisten, aber „bedürfnistolerant“ sind, was besagen will, daß sie weder an den Lohn noch an der Befriedigung so hohe Ansprüche wie die deutschen Arbeiter stellen und deshalb der Leitung bequemer sind.

Das ist nicht bloß in der Industrie so; in der Landwirtschaft liegen die Verhältnisse noch schlimmer. Früher fand eine Wanderung der Arbeiter nur innerhalb der Reichsgrenzen statt. Wenn die Landarbeit drängte, dann stellten sich besonders in der rübenbauenden Provinz Sachsen die „Landsberger“ und „Eichsfelder“ als Saisonarbeiter ein. Heute reicht diese Binnenwanderung längst nicht mehr aus; erst kamen die Polen, dann die Russen und Galizier. Und auch diese slavischen Arbeiter genügen allmählich nicht mehr. Herr v. Oldenburg, das enfant terrible des Bundes der Landwirte, hat schon mit früher Selbstverständlichkeit von einem Import chinesischer Kulis gesprochen. Das mag heute noch als ein äquaristisches Zukunftsideal erscheinen; aber die Kulis werden kommen; auf den Schiffen unserer großen hansestädtischen Unternehmungen sind sie bereits.

Das freisinnige Blatt bemerkt dann, daß ein solcher Import ausländischer Arbeiter besonders deshalb seine Gefahren hat, weil sich mit ihnen ein Strom von Unkultur nach Deutschland ergießt. Dem wird hinzugefügt:

„Es sind tiefer stehende Klassen und Massen, die bei uns ihr Brot suchen. Kommen sie einzeln, dann lassen sie sich amalgamieren. Kommen sie in Scharen, dann drücken sie auf das Niveau der deutschen Kultur. Die Latifundien haben den Römern geküßt, so lautet das Uteit über den Niedergang des römischen Reiches. Wir müssen aufpassen, daß die Latifundien nicht auch das neue Deutsche Reich ruinieren, wobei man unter dem Begriff der Latifundien ebenso den industriellen wie den landwirtschaftlichen Großbetrieb zu verstehen hat. Wir hätten keine polnische Frage, wäre das Latifundium nicht das Charakteristikum der Ostmark. Lassen wir es weiter gehen wie bisher, dann bekommen wir auch eine russische und ruthenische, vielleicht auch eine chinesische Frage.“

Der Staat hat in allen diesen Dingen bisher so gut wie nichts getan; er hat nur nach chinesischem Rezept sein Gesicht gewahrt, indem er eine kurze Unterbrechung des Aufenthaltes der ausländischen Arbeiter in Deutschland

forderte, damit sie nicht das preussische Heimatsrecht erlangten. Aber ein Arbeiter, der zehn Monate in Deutschland und nur zwei Monate in der Heimat lebt, trägt entweder das deutsche Geld ins Ausland, oder er bleibt im Deutschen Reich irgendwo hängen. Beides ist nicht ohne Gefahr.

Nicht immer wird es so deutlich wie in dem Lohringischen Fall, daß die auswärtigen Arbeiter in erster Linie als Streikbrecher und Lohnbrücker in Betracht kommen. Aber in gewissem Sinne spielen solche Mischlingen immer mit. Man will billige und willige Arbeitskräfte und setzt sich aus diesem Grunde über die Gefahren hinweg, die von dem Massenimport unzulieferter ausländischer Arbeiter drohen.

Schließlich offenbart das „Berliner Tageblatt“ eine weitere Erkenntnis, indem es diese Ausländerfrage als ein Symptom ungefundener sozialer und gesellschaftlicher Zustände erfaßt, — als eine Frage, die nicht für sich, sondern nur im sozialen Zusammenhang zu lösen ist, als ein Problem, das über die Staatsgrenzen hinausreicht und in seinem Kern eine internationale Bedeutung besitzt. Die Schlusssätze lauten:

„Solange aber die soziale Solidarität der Kulturvölker noch in weiter Ferne liegt, haben die deutschen Arbeiter ein Recht, Schutz vor der Konkurrenz auswärtiger Arbeiter zu fordern. Dem Unternehmerindividualismus muß durch soziale und nationale Maßnahmen eine feste Schranke gezogen werden.“

Wie wird uns das? Hat sich das „Berliner Tageblatt“ in dieser Frage ernsthaft zu den Grundfragen und Bestimmungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften bekehrt? Wir tun wohl gut, abzuwarten, wie lange bei ihm die bessere Erkenntnis anhalten wird.

Politische Umschau.

Zur Sicherung der Bauforderungen. Der dem Reichstage vorliegende Gesetzentwurf über die Sicherung der Bauforderungen hat auch von Seiten der Berliner Handelskammer Begutachtung erfahren. Die Kammer legt in einer Eingabe an den Reichstag erhebliche Bedenken dar mit der Bitte, dem Entwurf die Zustimmung zu verweigern zu wollen, da bei der völlig verfallenen Grundlage seines Systems auch jeder Versuch, durch Verbesserungsvorschläge zu praktisch brauchbaren Resultaten zu kommen, aussichtslos erscheinen muß.

Es wird ausgeführt, der Gesetzentwurf bewirkt, dem Bauhandwerker u. v. m., welche zu Neubauten Material und Arbeit liefern, eine hypothetische Sicherung für ihre Forderungen zu gewähren, welche einen solchen Anspruch auf vorzugsweise Befriedigung bereits das B. G. B. anerkennt und im § 648 gewährt hat. Der Entwurf, der davon ausgeht, daß dieser Reichsbescheid auf die Einräumung einer Sicherheitshypothek an dem Baugrundstücke nicht ausreichende Sicherheit gewähre, sucht diese durch die sogenannte Baupfandhypothek und den ihr gesetzlich zugehörigen Rang zu erreichen; er will den Baugrundstücken damit die eigene Initiative, welche der § 648 des B. G. B. von ihnen verlangt, zum Teil abnehmen. Ganz kann dies nicht geschehen, und der nachlässige Baugläubiger wird nach wie vor durch Unterlassen der Anmeldung seiner Forderung oder Erwirkung einer einwilligen Verfügung sich um seinen Anspruch gebracht sehen. Er wird dies in um so höherer Maße, als die ganze Tendenz des Gesetzes dahin geht, ihn in Sicherheit zu wiegen und eine Prämie auf den Mangel an Vigilanz zu setzen.

Demgegenüber erscheint der Berliner Handelskammer der umgekehrte Weg, die Einwirkung auf ordnungsmäßige Buchführung, und zwar besonders nach den einzelnen Bauten, die Förderung kaufmännischer Vorbildung, die Erziehung zu rechtsgültiger Bewandtheit und Aufmerksamkeit, als der richtige, um die vielfach schon eingetretene Gefährdung im Kleingewerbe und Handwerkserstande zu fördern und die noch vorhandenen Mängel zu beseitigen. Der Gesetzentwurf will die Schwierigkeiten des schon wiederholt in Angriff genommenen Problems durch ein auf der Grundlage der Werthabschätzung beruhendes kompliziertes System aus dem Wege schaffen; dies trifft einerseits öffentlich-rechtliche, andererseits zivilrechtliche Bestimmungen, deren theoretische Folgerichtigkeit anzuerkennen ist, die aber einen solchen Zustand der Rechtsunsicherheit und Verantwortlichkeit für die Beteiligten zur Folge haben würde, daß im Endresultat das Gegenteil des beabsichtigten Erfolges, nämlich eine Schädigung derjenigen Kreise, in deren Interesse das Gesetz erlassen werden soll, insbesondere der Bauhandwerker, eintreten würde.

Die Berliner Handelskammer erachtet den Entwurf, von mehreren Gesichtspunkten aus betrachtet, geradezu als mittelständisch, während er doch nach Ansicht und Absicht seiner Urheber dem Mittelstande zu nützen soll.

Hoch einen Mangel an tüchtigen gelernten Arbeitern klagt der neueste Jahresbericht der Bochumer Handelskammer. Es wird herabgehoben, daß von dem allgemeinen so betrübenden Gesichtsbild der Gewerkschaft nicht nur der Unternehmer, sondern ganz wesentlich auch der Arbeiter einen wohlverdienten Nutzen gehabt hat. In allen Betrieben wurden entsprechend höhere Löhne gezahlt, und aus den Kreisen anderer Industrien kamen Klagen, daß der bessere Verdienst in der Eisenindustrie viele Arbeiter anlocke, so daß sich anderwärts der Mangel an Arbeitskräften doppelt fühlbar mache. Indessen fehlte es doch allgemein in den Werken der Eisenindustrie an tüchtigen gelernten Arbeitern und dieser Mangel konnte durch Auswanderung aus anderen Industrien nicht ersetzt werden. Die Bemühungen der Arbeitgeber sind daher dauernd darauf gerichtet, sich einen festen Bestand an tüchtigen gelernten Arbeitern zu erhalten, da deren Leistungen auch bei höheren Löhnen weitaus produktiver sind als die billigen gelohnten, aber in ihrem Grade nicht völlig ausgebildeten Arbeitskräfte.

Bestenfalls an sich ist richtig. Aber die Ausführungen der Bochumer Handelskammer im allgemeinen geben wir nur mit dem größten Vorbehalt wieder, daß sie den Tatsachen entsprechen.

Der Auffaugungsprozeß des ländlichen Grundbesitzes durch die Industrie in der Essener Gegend nimmt, wie der „Frankf. Ztg.“ von dort berichtet wird, immer größeren Umfang an. So kauften in diesen Tagen die Rheinischen Stahlwerke einen der ältesten und größten Bauernhöfe des Wattensteider Bezirks in der Nähe ihrer Zeche „Zentrum“ für M. 425 000. Bei Gladbach ging ein anderer Bauernhof für M. 150 000 in den Besitz des preussischen Bergwerks über, der an dieser Stelle eine Arbeiterkolonie von 150 Wohnhäusern errichten will. Zu dem gleichen Zweck erwarb endlich die Guteshoffnungsbau bei Diersfeld ländlichen Grundbesitz für M. 100 000.

Betriebskrankenkassen. Die Landesversicherungsanstalt für die Invaliditätsversicherung Westfalen ist beabsichtigt, eine Uebereinbarung zwischen den Mitgliederklassen von Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- oder Innungs-Krankenkassen und den Sozialkassen der Invalidenversicherung herbeizuführen. Zu diesem Zweck hat die Versicherungsanstalt an alle in Betracht kommenden Zustände einen Briefkasten gerichtet, in dem die entsprechenden Vorschläge gemacht werden. In diesem Briefkasten wird auch ein Schulbeispiel dafür angeführt, welche Vorteile den Unternehmern aus der Errichtung von Betriebskrankenkassen erwachsen. Es heißt in dem Briefkasten:

„Eine im Jahre 1905 für ein Vorgebiet errichtete Betriebskrankenkasse, deren Mitglieder in weit überwiegender Mehrzahl einen täglichen Arbeitsverdienst zwischen M. 4 und M. 6 haben, hat als einzigen durchschnittlichen Tageslohn für männliche Mitglieder über 16 Jahre den Satz von M. 2.00. Das hat zur Folge, daß die Kassenmitglieder, welche bis zu M. 6 täglich verdienen, nur ein Krankengeld von M. 1.30 pro Tag erhalten, und daß der Arbeitgeber, welcher bei richtiger Einteilung Maximal 5 Lohnklassen für die größte Mehrzahl seiner Arbeiter zur Invalidenversicherung würde betreiben müssen, jetzt nur solche 3. Lohnklasse zu betreiben braucht, mithin (36 - 24 = 12 : 2 =) 6 3 wöchentlich für die Person allein bei der Invalidenversicherung spart. Der bei der Krankenversicherung ersparte Betrag wird noch größer sein, und da mindestens 50 Arbeiter beschäftigt sein müssen (§ 60 A. Vers.-Ges.); oft aber mehrere Hundert beschäftigt werden, ergeben sich Summen, die bei der Konkurrenzfähigkeit der Arbeitgeber ins Gewicht fallen. Der betreffende Bauunternehmer wird dann auch nach dem Verichte unserer zuständigen Kontrollbeamten eine Einteilung nach unseren Wünschen voraussichtlich nur einführen, wenn eine solche auch den übrigen Krankenkassen am Orte ausgeht. Diese Kassen haben, mit Ausnahme einer, dieselben niedrigen Durchschnittslöhne, und mit Rücksicht auf diese — nicht auf das tatsächliche Bedürfnis — ist vermutlich jener niedrige Satz in das Statut der gedachten Betriebskrankenkasse übernommen worden. Nach dem Verichte dieser Kontrollbeamten erkennen Arbeitgeber in dem noch bestehenden erheblichen Höhenunterschiede in den Durchschnittslöhnen der Krankenkassen Gärten und die Versicherten fühlen sich benachteiligt. Der Versicherungsanstalt entgeht außer dem vom Arbeitgeber ersparten Betrage von 6 3 für die Woche und Person auch noch der Anteil der Versicherten in gleicher Höhe, sie hat also durch die mangelhafte Einrichtung dieser Kasse allein, wenn man mit 100 Versicherten und 40 Arbeitswochen für das Jahr rechnet, eine jährliche Mindereinnahme von $(0.06 + 0.06 = 0.12 \times 100 = 12.00 \times 40 =)$ M. 480.“

Unternehmerarbeit. Fünfundsiebenzig lange Jahre war der Fabrikar bei der Firma Bielefeld & Altmann & Co. in Hildesheim beschäftigt, und tagen, tagaus tat er seine Schuldigkeit. Kürzlich hatte er das Unglück, bei der Arbeit einen Fehler zu begehen. Der Werksmeister machte ihm darüber so heftige Vorwürfe, daß M. erkrankte. Anderen Tages brachte ihm ein Bote der Firma folgenden Brief:

„Der Herr von gestern Abend scheint Ihnen in den Magen gefahren zu sein, und nun spielen Sie den Kranken Mann und übergeben sich. Wir erlauben uns Mitteilung, wann Sie die Arbeit wieder aufnehmen, da wir die Maschine nicht stillstehen lassen wollen und für anderweitige Befehle derselben vom morgen früh ab sorgen werden. Sie tun für die Folge gut, etwas weniger Alkohol zu genießen, da wir ja an Ihrer Arbeit sehen, wie sich die Folgen desselben bemerkbar machen, und wir bedauern, daß wir einem so alten Arbeiter diesen Brief schreiben müssen.“

Wirklich eine echt kapitalistische Dankagung, an einem Arbeiter, der man 25 Jahre lang gebrauchen konnte. Wenn die Arbeitskräfte nachlassen, wird der Ausgenutzte — beschimpft und verdrängt.

M. fühlte sich durch den Brief aufs tiefste beleidigt. So sehr hatte ihn der Brief gekränkt, daß er hinging, und — seinem Leben ein Ende machte. Nun kann die Firma ihre Maschine anderweitig belegen.

Die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlstand in Charlottenburg (Brandenburgerstraße 11/12) wird mit einem Kostenaufwand von M. 180 000 zur Zeit erheblich erweitert. Während der 3 1/2 Jahre ihres Bestehens hat sich die Ausstellung eines abwärtigen reges Besuches erfreuen können. Den größten Teil der Besucher stellen naturgemäß Berlin und seine nähere Umgebung, doch bildet die Ausstellung auch häufig das Ziel von Besichtigungen, namentlich von Gruppenbesichtigungen aus dem übrigen Deutschland, und auch von Ausländern wird sie oft in Augenschein genommen. Ebenso wurde die Ausstellung von wissenschaftlichen Vereinen, Gewerkschaften, Fortbildungskursen, studentischen Vereinigungen u. v. m. reger benutzt. Kein Arbeiter, der in Charlottenburg oder in der Nähe weilt, sollte eine gründliche Besichtigung veräumen.

Sozialpolitisches. Ein spezielles Reichsamt für Sozialpolitik soll nach offizieller Mitteilung bei der in Aussicht genommenen Zeilung des Reichsanzeigers des Innern in verschiedene Ressorts errichtet werden. Offiziell wird geschrieben:

„Um zu erkennen, wie die durch die Gewerbeordnungs-Novelle von 1897 geschaffene Handwerksorganisation gewirkt hat, wurde vor längerer Zeit eine umfassende Erhebung veranstaltet. Ein ausführlicher Fragebogen wurde an die Innungen, Innungsverbände, Handwerkskammern und die anderen Handwerksorganisationen und von diesen eingegangene, recht ausgedehnte Material dem kaiserlichen Statistischen Amt zur Bearbeitung übergeben. Die Prüfung, Sichtung und Zusammenstellung der durch die Erhebung gewonnenen Ergebnisse haben einen geräumigen Zeitraum in Anspruch genommen, jetzt nähert sich aber die Arbeit ihrem Ende so, daß in nicht ferner Zeit auf einen Abschluß getreuet werden darf. Als sicher darf man nach dem jetzigen Stande der Arbeit annehmen, daß die betreffende Denkschrift dem Reichstage in seinem nächsten Tagungsabschnitt unterbreitet werden wird.“

Die Arbeiter des Handwerks bzw. Vertreter ihrer Organisation sind selbstverständlich bei dieser Erhebung nicht befragt worden, trotzdem gerade ihrem Urteil Bedeutung beizumessen ist.

Auf eine Vorstellung hin, die der Soziale Ausschuss der technischen Angestellten beim Statistischen Amt unternommen hat, ist angefragt worden, daß die Arbeits-, Lohn- und Lebensverhältnisse der Privatangestellten hinsichtlich in weiterer Umschau ermittelt werden sollen. Im Reichs-Arbeitsblatt, in dem bisher in der Hauptsache nur die Bewegung der Industriearbeiter registriert wurde, soll auch für die Bewegung der Privatangestellten ein größerer Raum geschaffen werden. Als erste größere Arbeit ist eine Uebersicht über die Kassenverhältnisse der Privatangestellten-Organisationen und über die Zahl der überhaupt organisierten Angestellten im Aussicht genommen.

Satz für die Agrarier. Der vom Deutschen Reich mit Rußland abgeschlossene Handelsvertrag räumt in Rußland das Recht ein, sich in Deutschland aufzuhalten und dort natürlich auch zu arbeiten. Unsere Agrarier aber werden damit die Rußland, das die Russen nur für sie, in landwirtschaftlichen Betrieben zu arbeiten haben. Darin, daß russische Arbeiter auch in der Industrie beschäftigt werden, sehen sie eine unerbitterliche Beeinträchtigung ihrer Interessen. Offenbar auf ihr Streben und auf höhere Anweisung ist es zuzufassen, daß, wie mitgeteilt wird, Rußland, die industrielle Arbeit verleiht, ein Formular folgenden Inhalts ausgehändigt worden ist:

Es werden hierdurch aufgefordert, Ihre Beschäftigung bei... spätestens innerhalb acht Tagen anzugeben und in einem landwirtschaftlichen Betriebe, in dem Ihre Beschäftigung, ausgelassen ist, Unterhandlung zu suchen, andernfalls Ihre Ausweisung erfolgen muß.

(Unterstützt des Amtsvorstandes.) Das heißt nichts anderes, als die russischen Arbeiter förmlich zwingen, sich der Landwirtschaft zuzuwenden. Freilich, wenn Russen in der Industrie als Streikbrecher sich betätigen, droht man ihnen auch nicht mit Ausweisung. Gutinder Agrariermacht oder Streikbrecher oder Ausweisung als tüchtiger Ausländer. Dazwischen hat der russische Arbeiter zu wählen.

Streikbrechergeboten. Es ist ja bekanntlich eine ganz gewöhnliche Erscheinung, daß die Ausbeuter der vertriebenen Länder bei Streiks sich Arbeitskräfte aus dem Ausland anwerben, denen man nicht sagt, daß dort, wo sie hingeschickt werden sollen, ein Streik besteht. Wenn die Arbeiter dann an den Bestimmungsort kommen und aus Solidaritätsgefühl die Arbeit verweigern, kann sehen sie mitten im Ausland ohne alle Mittel zur Rückkehr da und gar mancher von ihnen ist hierdurch schon zum Verräter an seinen Genossen geworden. In Oesterreich wird nun, wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ darlegt, die Sachlage noch dadurch verschärft, daß die Arbeiter hier mit dem Arbeitsbuch belastet sind, daß der Streikbrecheragent ihnen die Arbeitsbücher abnimmt und die Arbeiter ihr Dokument im Ausland zurücklassen müssen und nur mit vieler Mühe ein neues Arbeitsbuch bekommen, wenn es ihnen endlich gelungen ist, in die Heimat zurückzukehren.

In Mähren, Odrau waren nun kürzlich, während dort schwere Differenzen der Bergarbeiter mit den Grundbesitzern vorlagen, deutsche Agenten erschienen, die die Streikenden für deutsche Kohlenzechen anwerben wollten. Dieser Umstand hat endlich dazu geführt, daß die Behörden in Oesterreich erinnerten, daß sie ein Gesetz haben, durch das die Tätigkeit der Streikbrecheragenten mit Strafe bedroht wird. Es ist das Gesetz vom 21. Januar 1897, R. G. Bl. 27, womit strafrechtliche Bestimmungen in Bezug auf das Betreiben der Auswanderungsgeschäfte erlassen werden. Danach wird jeder mit Arrest von acht Tagen bis zu sechs Monaten bestraft, der Auswanderungsgeschäfte ohne behördliche Bewilligung betreibt oder vermittelt oder bei dem wenn auch gestatteten Betrieb solcher Geschäfte den bestehenden Verordnungen zuwiderhandelt. Bestraft wird auch, wer andere unter Vorspiegelung falscher Tatsachen oder durch andere, auf Täuschung berechnete Mittel zur Auswanderung verleitet. Die Strafe ist im Falle dieses Vergehens freier Arrest von sechs Monaten bis zu zwei Jahren, womit aus Geldstrafen bis zu 4000 Kr. verbunden werden. Im Falle erschwerender Umstände ist sogar auf strengen Arrest bis zu drei Jahren in Verbindung mit einer Geldstrafe bis zu 8000 Kr. zu erkennen.

Wenn also jemand aus dem Ausland nach Oesterreich kommt und einen Arbeiter durch die Vorspiegelung, daß an dem Orte, wo er ihn hingschicken will, kein Streik besteht, während dort in Wirklichkeit gestreikt wird, oder wer einen Arbeiter in derselben Weise einem außergewöhnlich hohen Lohn beschwört, ohne daß er gewillt ist, ihm diesen zu zahlen, ja wer auch nur die Arbeitsbedingungen günstiger schildert, als sie tatsächlich sind, und den Arbeiter dadurch zur Auswanderung verleitet, macht sich eben erwünschten Vergehens schuldig und ist daher in Oesterreich zu bestrafen. Der Versuch zur Verleitung zur Auswanderung ist natürlich in derselben Weise zu bestrafen wie die Verleitung selbst. Da es sich hierüber hierbei meist um Ausländer handelt, die diese fahrbare Tat begehen, so sind die

Serren dann immer nach der Verteilung von den politischen Behörden aus ganz Österreich auszuweisen.

Die Wiener Arbeiterzeitung konstatiert, daß ihres Wissens dieses Gesetz bis jetzt noch niemals angewendet worden ist. Es werde notwendig sein, das Gesetz konsequent zur Anwendung zu bringen. Deshalb sei in jedem einzelnen Falle — mag er immer vorkommen — ein Streikbewerker anzuzeigen, und es sollte dann Sache der Bezirksgerichte sein, Österreich von diesen Leuten zu säubern.

Schließlich empfiehlt die Arbeiterzeitung diese Bemerkungen den Bauarbeitern zur Beachtung, die sich bemühen, die beschwerfliche Tätigkeit der Berliner Streikbewerker entgegen zu nehmen.

Das sozialpolitische Arbeitspensum des Reichstages im nächsten Sessionsschluß wird in den „Mündlicheren Nachrichten“ offiziell dahin klargestellt:

Von sozialpolitischen Vorlagen seien das Gültigkeitssatzgesetz und die Revision des Unterhaltungswohlführgesetzes im nächsten Reichstag so weit beraten worden, daß unter Verweisung dieser früheren Arbeiten die Fertigstellung dieser beiden Gesetze „schwerlich noch allzuviel Zeit und Mühe kosten werde“. Angekündigt ist weiter die durch die Berner Konvention vom 26. September 1906 geforderte Regelung der Vorschriften über die Nachruhe der Arbeiterinnen in Gewerbebetrieben; hier seien uns Frankreich und England bereits vorgegangen; aber da wir das Verbot der Frauen-Nacharbeit schon hätten, handle es sich bei uns kaum um mehr als eine Formfrage.

Bedeutungsvoller sei die ebenfalls angekündigte Herabsetzung der elfstündigen Maximalarbeitszeit für erwachsene Arbeiterinnen, also die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages. Der Elftundentag sei mit der Gewerbeordnungsnovelle von 1891 gekommen. Seitdem haben sich die Verhältnisse ständig in der Richtung einer Verkürzung der Arbeitszeit entwickelt, so daß in der Praxis der Achtstundentag jetzt schon in der Regel die Höchstgrenze der Arbeitszeit für Arbeiterinnen bilde. Die gezielte Herabsetzung bedeute somit „nur die Realisation einer Tatsache, durch die nur die noch rückständigen Betriebe einem Zwange unterstellt werden“. Und dieser Zwang werde durch Ubergangsmassnahmen und Ausnahmen „viel von seiner Härte einbüßen“. Das heißt: man wird den Wünschen des Unternehmens in diesem Punkte möglichst Rechnung tragen!

Die offizielle Zuspätschiebung der Reform der großen sozialen Versicherung schon im nächsten Winter an den Reichstag kommen werden, und bemerkt dazu:

Im Laufe der Vorarbeiten haben sich die Ansichten und Pläne mehrfach geändert; von sehr tiefgreifenden Projekten ist man allmählich immer bescheidener geworden. Von einer Vermehrung der drei Versicherungszweige — für Krankheit, Unfall, Invalidität, nicht Alter — ist nicht mehr die Rede. Man wird hier Selbständigkeit nicht anstreben, sondern sich mit einer Vereinfachung der Verwaltung, einer Vereinfachung des Kreises der Versicherten und der Ausfüllung von jetzt noch bestehenden Lücken begnügen. Die Erweiterung der Krankenversicherung auf ländliche Arbeiter, Heimarbeiter und Dienstboten, die Annäherung der Unfallversicherung in den Krankenkassen an die Invalidenversicherung, die Bildung großer und leistungsstärkerer Klassen — Ortskrankenkassen und Vertriebskrankenkassen — unter Ausschaltung der zahlreichen Zwergklassen, die Ausdehnung der Unfallversicherung auch auf Kleinbetriebe, die Pensionsversicherung der Privatangestellten, die Errichtung einer Witwen- und Waisenversorgung — das alles sind Probleme, die einer sehr gründlichen Durcharbeitung bedürfen. Es wird viel Mühe und Zeit kosten, wenn diese Reformen bis zum Jahre 1910, dem für die Hinterbliebenenversicherung gesetzlich bestimmten Jahre, durchgeführt sein sollen.

Als sicher teilt die Zuspätschiebung mit, daß die Heimarbeiterrage in der nächsten Session den Reichstag beschäftigen werde. Eine Vorlage über die Ausdehnung der staatlichen Gewerbeaufsicht auf die Hausindustrie werde gegenwärtig von den Regierungen beraten. (Ein Gesetzentwurf über die Regelung der Hausarbeit in der Zigarrenindustrie liegt bekanntlich bereits vor.)

Als weitest wünschenswerte Gesetzentwurf bezeichnet die Zuspätschiebung die reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungswesens. Diese „Reform“, die der Reichstagsler gleich in seiner ersten Rede vor dem neuen Reichstag an der Spitze seines Programms angekündigt habe, unterliegt jetzt kommissarischer Beratung und werde sicher an den Reichstag kommen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Produktionsverbrauch — Börsenveränderung — Versuche, die Knappheit an Kapital und Bargeldsmitteln zu mildern.

Ein so widersprüchlicher Zustand, wie er nun schon monatelang im Wirtschaftsleben herrscht, wird selten wiederkehren.

Als symptomatisch für die Produktion darf man vielleicht einfach die Gewinn- und den Verbrauch von Kohlen und Eisen aus dem vielfältigen Tatsachenstoff herausgreifen, weil so gut wie alle Industrien bei gutem Geschäftsgang einen Mehrbedarf, bei niedrigerer Konjunktur einen Minderbedarf nach dieser Seite entwickeln. Nun ergibt die deutsche Statistik für das abgeschlossene erste Halbjahr folgende Vergleichszahlen, die wahrlich nicht nach Stillstand in Deutschland ausweisen:

	Produktion in Tonnen	
1. Halbjahr	Steinkohlen	Braunkohlen
1904	58 825 710	23 251 206
1905	56 680 591	24 944 082
1906	67 257 295	26 911 978
1907	69 571 431	29 602 022
		Rohisen
		4 999 413
		5 098 588
		6 117 126
		6 355 953

* In das 1. Halbjahr 1905 fiel der rheinisch-westfälische Streik.

Selbst gegen das glänzende Vorjahr 1906 ist der weitere Aufschwung ein ganz ansehnlicher, obwohl bei den Steinmetzen die Spannung zwischen dem Bedarf aller Kreise und den tatsächlich erfolgten Lieferungen der Gruben noch schärfer geworden ist. Daß der wirkliche Inlandsverbrauch in noch größerer Fleischung als die oben bezeichnete Produktion gewachsen ist, geht aus der Vergleichung zwischen Einfuhr und Ausfuhr hervor. An Rohisen strömte sonst mehr nach dem Ausland ab, als vom Ausland ausgleichend hereinkam; aber im ersten Halbjahr 1907 schlug dieses Hin und Her in einen Einfuhrüberschuß um, zum ersten Male wieder seit dem Jahre 1901. Bei den Steinmetzen ist (gegen das erste Halbjahr 1906) der Ausfuhrüberschuß um 1800 000 t zurückgegangen; eine gleiche Menge blieb also, neben der inländischen Mehrerzeugung, dem deutschen Verbrauch mehr als im ersten Halbjahr 1906 zur Verfügung. Selbst wenn man den etwas andersartigen Verlauf beim Import und Export von Stolz in Rechnung stellt (1. Halbjahr 1906: Einfuhr 305 548 t, Ausfuhr 1 601 968 t — 1907 Einfuhr 242 753 t, Ausfuhr 1 803 525 t, verändert sich das Bild nur um ein paar nebenfällige Estriche.

Dagegen die Börse, an der gewissermaßen die abgelaufenen, selbständig gewordenen Bestände der größten Produktions- und Verkehrsunternehmen gehandelt und umgesetzt werden! Auf dem Fußsteig wächst die Zahl der Geldanleiher, das heißt derjenigen Effekten, für die sich weder Käufer noch Verkäufer melden. Dem Berliner Börsenkommissar Hempelmann soll es viel Kopfschmerzen bereiten, daß winzige Abschlüsse von ein paar tausend Mark, die gar nichts Reales zu bedeuten haben, im maßgebenden Börsenforum ihres Niederschlag finden und neu nach außen hin zu wirken beginnen, als ob hinter ihnen allgemeine kapitalistische Werturteile ständen. Der „Umsatz“-Stempel, der eigentliche Gradmesser der Lebhaftigkeit des Börsenverkehrs, hat seit 1903 in seinem Monat einen so niedrigen Ertrag abgeworfen, wie im Juni des laufenden Jahres (nur 4 751 849); in den Herbstmonaten des Jahres 1905 brachte er fast das Dreifache ein — im September 1906, kurz vor dem ersten kritischen Monat, dem damaligen Oktober, ergab er 4 223 762! Daß der „Effekten“-Stempel (die Emissionsstempelsteuer) im Juni noch immer gute Einnahmen verzeichnete, ist für die hier Beteiligten kein Trost, denn gerade durch die fortdauernde Auslegung neuer Anleihen, Aktien und Pfandbriefe wird das bisherige Verdauungsfähigkeit des schwachen Börsenmarktes schon überreichlich in Anspruch genommen.

Und nun der sogenannte Geldmarkt: die Vereinfachung von Zahlungsmitteln und das Angebot von Kapital, im Verhältnis zur Nachfrage, zum Bedarf der Geschäftswelt. Wir haben dieses Verhältnis oft genug nach Ursache und Ausdehnung geschildert, aber es tritt in immer neuen Erscheinungen auf. Die Verschaffung von Hypothekengeldern fließt mehr und mehr. Ehe die hier Kreditbedürftigen sich auf längere Dauer zu so ungünstigen Zinsbedingungen, wie sie heute herrschen, festlegen, helfen sie sich lieber zu noch drückenderen Bedingungen mit Prolongationen aller älteren Verpflichtungen oder mit kurzfristigen Zwischenkrediten, in der Hoffnung, daß nach einiger Wartezeit doch wieder normalere Hypothekenaufnahmen möglich sein müssen. Genau so behelfen sich die Regierungen, so viel es geht, mit Schachzügen von kürzerer Laufzeit, um Anleihen mit dauernd hoher Zinsbelastung zu vermeiden — Anleihen mit niedriger Zinsbelastung sind eben gegenwärtig und in nächster Zeit nicht unterzubringen. So hat das württembergische Finanzministerium neuerdings wieder die Erhöhung der Schatzkassenausgabe für 1907/08 bis auf 20 Millionen Mark gefordert. Die Verhältnisse des Geldmarktes, heißt es in der Begründung, haben sich seit Beginn des Jahres auf eine Weise entwickelt, daß für jetzt und auch für die nächsten Etatsjahre die Aufnahme von Staatsanleihen nur unter erschwerenden Bedingungen stattfinden kann. Die Maßnahme der Aufnahme eines 3½-prozentigen Anlebens ist zur Zeit völlig ausgeschlossen, und es ist aus diesem Grunde auch die Aufnahme des für den Herbst 1906 vorgesehenen Anlebens von 14 Millionen Mark bis zum äußersten Zeitpunkt verschoben worden. Im jedoch der Staatskassapflege die als Ersatz erforderlichen Geldmittel für ihren ungünstigen Betrieb zu beschaffen, hat sich kein anderer Weg als die Ausgabe von Schatzanweisungen. Es muß den staatlichen Organen die Möglichkeit gewahrt bleiben, den künftigen Zeitpunkt für die Anleihenbewegung zu bestimmen, um so mehr, als die Kurse der neuen Anleihen eine Rückwirkung auf den Kursstand der älteren, niedriger verzinslichen Staatsanleihenverpflichtungen ausüben werden. Wo solche zeitweilige Befehle nicht möglich sind, sieht sich der 4½-prozentige Anlebensplan für Hypothekenbanken (Pfandbriefe), Gemeinden und Staaten mehr und mehr fest. Aber auch hier sucht man, soweit es geht, eine Erleichterung für die Zukunft offen zu halten. So ist die Deutsche Hypothekenbank in Berlin zur Ausgabe 4½-prozentiger Pfandbriefe übergegangen; aber der Vorstand betont zugleich, daß die anormalen Geldverhältnisse hoffentlich einmal aufhören würden: man schränkte deshalb die Emissionen auf den verhältnismäßig geringen Betrag von 10 Millionen Mark ein und läßt die Kündigung und Verlosung nur für einen kurzen Zeitraum aus, so daß man alsdann wieder freiere Hand erhält.

Auch die Bemühungen, an Bargahlungsmitteln im Klein- und Mittelverkehr zu sparen und dadurch den Banken reichere Bestände und hierdurch dem ganzen Kapitalmarkt eine größere Flüssigkeit zu beschaffen, gehören in dieses Gebiet. Von allen Seiten geht man jetzt nach diesem Ziele vor. Die Berliner Altsachen der Kaufmannschaft halten das Girowesen bei der Reichsbank für vorzüglich, aber nur der Großverkehr teiltige sich daran, so daß noch immer nur etwa 28 000 Girokonten in Frage kommen. In einer Denkschrift wird ausgedrückt: Im deutschen Publikum — sowohl bei dem größten Teil der Gewerbebetriebe als bei den Privaten — habe der Gedanke, Zahlungen durch Ueberweisungen oder Schecks zu leisten, ohne bare Zirkulationsmittel in Bewegung zu setzen, noch nicht hinreichend Wurzel gefaßt. Und diesem Umstand sei zuzuschreiben, daß in Deutschland, mehr als in anderen

Kulturländern, die baren Zirkulationsmittel in unwirtschaftlicher Weise von einem zum anderen wanderten, statt in der Reichsbank, die Bargeldscheine zu vermehren und so zur Herstellung normaler Zinsverhältnisse beizutragen. Um das Ueberweisungs- und Scheckwesen auszuweiten, sei es 1. nötig, daß sich jeder Mann, der größere Zahlungen zu leisten habe, bei einem Bankhaus ein Konto eröffnen lasse, 2. daß jeder, der ein Konto bei einem Bankhaus habe, dies durch Aufdruck auf seine Briefbogen und Rechnungen, oder sonstige bekannt gebe, 3. daß das Publikum lerne, von den Konten bei Bankhäusern den im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse liegenden geeigneten Gebrauch zu machen, 4. daß alle Behörden des Reiches, der Staaten und der Gemeinden bei ihrem großen Geldverkehr mit dem Publikum auf Benutzung dieser Einrichtung hinarbeiten. Es werden dann weiter in der Öffentlichkeit bereits seitens der Altsachen unternommene Schritte geschildert. Die preussische Seehandlung tritt für Ausbreitung des Scheckverkehrs in einem Rundschreiben ein an „alle Behörden und Institute, alle Handel- und Gewerbebetriebe, alle Rechtsanwälte, Ärzte und Beamte, alle Hauseigentümer und Hypothekengläubiger, alle Dittgenbesitzer und Domänenpächter, alle Kapitalisten und alle besser situierten Privatpersonen“. Eine charakteristische Stelle sei hier wiedergegeben: „Theoretischen Auseinandersetzungen über Scheckwesen usw. bedarf es für den praktischen Gebrauch absolut nicht. An der Kasse des Bankiers wird sich jeder an der Hand von Mustern in wenigen Minuten über die Bedeutung von Einzahlungen klar werden, deren Wert so einsehend ist, daß man nicht verstehen wird, wie man sich fast überall in Deutschland so lange von deren Benutzung hat fernhalten können. In England hat sich der Kontoverkehr so eingebürgert, daß eigentlich jeder, der für rezeptabel oder doch kreditwürdig gelten will, ein Bankkonto besitzt. Alle Zahlungen — auch Zahlungen geringerer Beträge — werden dort durch den Bankier dezent befragt, daß der Kontoverkehr sich auf ein Minimum beschränkt. Die Konzentration des Geldes gestattet dessen beste Ausnutzung und schafft somit gute Kreditverhältnisse. Wer Kredit nötig hat, erhält ihn in England durchschnittlich 1 p. h. billiger als bei uns. In Deutschland stehen, weil wir uns nicht der Banknoten bedienen, sondern an der Genossenschaft leben und Bargeld hin und herschleppen, gewaltige Summen baren Geldes in Kassen von Geldhändlern und in Millionen von Briefschaften, Geldbeuteln und Portemonnaies. Diese Zersplitterung des Geldes hindert dessen Ausnutzung. Allein von deutschen Geldbesitzern werden täglich circa 25 Millionen, jährlich circa 9 Milliarden Mark (spazieren getragen)“. Der preussische Finanzminister hat alle Staatsbehörden angewiesen, den veralteten Widerstand gegen die Annahme von Schecks gänzlich fallen, die auf Depositionsaufgaben bei der preussischen Zentralgenossenschaftsasse gezogen sind, aufzugeben.

Fortgesetzt ist starke Produktion und hohe Warenpreise — aber Verdrängung der Börsen — dazu dauernde Knappheit des Kapitalmarktes und im Gefolge davon die Unfähigkeit und der Zusammenbruch manches altsachen auf Kredit ruhenden Unternehmens — diese Grundzüge werden, wie es scheint, sich nicht so bald ändern. Mag Schippel.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden ferrihina nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg: Kirchwärdler (Streik), Ochsenwärdler (Sperrn über Blecken, Nöben in Spatenland und Mint in Moorfleth), Lübeck (Differenzen);

Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor, Segeberg, Rickling und Bordesolm (Streiks), Reinfeld (Sperrn über E. Häger), Nortorf (Sperrn über Rohwe in Bokel), Sonderburg (Differenzen bei Landsmann & Luda und Thomsen aus Schleswig, gesperrt sind die Bauten der Marinekasernen und der Admiralität);

Mecklenburg:

Sülze (Sperrn über Holdorf), Rostock (Differenzen), Güstrow (Sperrn über Thielke), Gielow (Sperrn über Korf);

Brandenburg:

Berlin (Streik). Das Berliner Lohngebiet umfasst 54 politische Gemeinden. Die an der Grenze des Lohngebietes liegenden Orte sind folgende: Friedrichshagen, Cöpenick, Grünau, Bohnsdorf, Alt-Gliencke, Rudow, Buckow, Marienfelde, Gr.-Lichterfelde, Zehlendorf, Grunewald, Westend, Nonnenweide, Haselhof, Dalldorf, Reinickendorf, Schönholz, Nieder-Schönhausen, Hennersdorf, Weissensee, Hohen-Schönhausen, Friedrichsfelde und Karlshorst. Alle Orte die innerhalb dieses Kreises liegen, werden von dem Streik erfasst. Kalkberge-Rüdersdorf, Hennickendorf-Hersfelde, Hirschgarten (Streiks), Mittenwalde (Sperrn über Rehfeld, Kreis-Krankenhaus und Saalbau in Gallun), Königs-Wusterhausen (Sperrn über Rehfeld in Deutsch Wusterhausen);

Pommern:

Stolp (Aussperrung), Cammin, Gartz a. d. O. (Streiks), Pölitz (Sperrn über Paape), Greifswald (Differenzen bei Zimmerern und Bauarbeitern), Belgard (Differenzen), Pyritz (Sperrn über Friedrich Berg);

Es wurden gezählt auf 89 Neubauten und einen Umbau: 29 Poliere, 184 Maurer, 161 Zechlinge und 221 Bauarbeiter, einschließlich 190 Italiener. Zu den neuen Bedingungen arbeiten auf acht Bau- und Tiefbauten: 2 Poliere, 39 Gesellen, 2 Zechlinge und 80 Arbeiter. Dazu ist zu bemerken, daß in der vergangenen Woche wieder zwei Geschäfte die Forderung anerkannt haben. Daß die Streikenden sich nun erlauben, den Kampf weiterzuführen, obwohl die arbeitswilligen Italiener an Zahl zugenommen haben, scheint den Herren gar nicht zu behagen, zumal ein Antrag auf Aufhebung des Kampfes in der am 29. Juli abgehaltenen Versammlung einstimmig abgelehnt worden ist und auch die Polizei ein maßvolles Verhalten gegen die Streikenden angenommen hat. Daher versucht man durch zum Teil verkehrte Weise die Polizei wieder gegen die Arbeiter aufzubringen, und andererseits Mißtrauen in die Reihen der Kämpfenden zu bringen, indem die Zahlen der herangekommenen Italiener doppelt so hoch angegeben werden als sie in Wirklichkeit sind. Aber trotzdem werden die Streikenden aushalten in dem Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Gau Dortmund. Die Zieglens- und Zementfabrik Lehm- und Borchard in Gelsenkirchen hat auf der Seite Deutscher Kaiser größere Arbeiten übernommen, die sie unter Überwachung der städtischen Bestimmungen fertigstellen sollen. Die Gelsenkirchener Kollegen haben daraufhin die Sperre über die Firma verhängt und erwarten, daß alle Zieglens- und Zementfabriken über diesen Herrn endlich einmal ihre Mägen ausbreiten.

Gau Götting. Der Streik in Mäsaun dauert nun bereits in die fünfte Woche und sein Ende ist noch nicht abzusehen. Die Situation scheint sich im Gegenteil durch den protegierenden Widerstand einzelner Unternehmer verschärfen zu wollen. Als erster Schachtmacher in dieser Beziehung hebt sich besonders der Maurermeister Stülpmagel hervor; der Mut dazu geben ihm die nützlichen Elemente. Bei ihm arbeiten nämlich fast alle für den Streik in Betracht kommenden Streikbrecher; er ist der einzige Unternehmer, dessen Betrieb unter dem Streik am wenigsten zu leiden hat. Es gehört gewiß kein besonderer Mut dazu, sich unter solchen Umständen als Oberhaupt gegen die Gesellen und gegen seine im stärkeren Druß als er selbst sich befindenden Kollegen aufzustellen. Donnerstag, den 1. August, kam eine Verhandlung mit der Lohnkommission zu Stande, an der auch der Bauvorstand teilnahm; auch Herr Stülpmagel war anwesend, verließ aber kurz vor Beginn der Verhandlung das Lokal. In dieser Verhandlung machten die Unternehmer folgende Vorschläge: Für die unter den früheren Löhnsätzen abgekauften Bauverträge bis zu ihrer Fertigstellung, was in etwa drei bis vier Wochen der Fall sein würde, 40 % Stundenlohn und dann 42 % Stundenlohn zu zahlen. Gegen die Einführung der zehnjährigen Arbeitszeit hatte man nichts einzubringen. Dieses Angebot bezüglich des Lohnes wurde in einer darauf folgenden Mitgliederversammlung abgelehnt und beschlossen, die Arbeit nur aufzunehmen, wenn sofort 42 % Stundenlohn gezahlt wird. Am 2. August fand nun wieder eine Verhandlung mit den Unternehmern statt, an der diesmal aber die Schachtmacher mit dem Herrn Lager der Unternehmer teilnahmen. Der erste Verhandlungspunkt betraf den Ausschluß des Vertreters des Bauvorstandes von der Verhandlung. Wir brauchen keinen Fremden hier. Dann wurden alle abgelehnten bezug zurückgegeben, was in der vorigen Verhandlung zugesagt wurde. Angeboten wurden von den Unternehmern diesmal nur 40 % für dieses Jahr und 41 % für nächstes Jahr. Dieses Resultat der Verhandlung läßt das Wirken der Schachtmacher klar erkennen. Unter solchen Umständen muß der Streik weitergeführt werden. Die Kollegen sind guten Mutes; sie können es auch, denn sie sind alle bis auf fünf Mann, die die Streikfront locken, in guter, außerhalb des Streikgebiets befindlicher Arbeit. Sie halten aus.

Gau Hamburg. Flensburg. Nach ungefähr zwölfwöchiger Dauer ist der Streik beendet worden. Nach Lage der Sache war ein augenblicklicher Erfolg nicht mehr zu erzielen. Es wird sich mancher Kollege verwundert fragen, wie dieses eintreten konnte, da doch die Situation äußerst günstig für die Streikenden war. „Arbeitswillige“ aus den Reihen unserer Kollegen waren nicht vorhanden. Es trafen in den letzten Wochen zwar 30 Italiener ein, aber wir wissen ja aus Erfahrung, daß diese Elemente mehr Schaden als Nutzen bringen. Aber ausschlaggebend dafür, daß der Streik beendet werden mußte, waren sowohl das vorliegende Gewerbegericht als auch das Landgerichtsurteil, die die Zwangsbefugnis gegen uns zu Stande brachte. Aus diesen Urteilen geht unabweisbar hervor, daß die im vorigen Jahre getroffenen Vereinbarungen zwischen Zimmern und Gesellen als ein Vertrag im Sinne des bürgerlichen Gesetzbuches angesehen wurden, obwohl in anderen Fällen regelrecht abgeschlossene Tarifverträge zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern nicht als rechtskräftig angesehen wurden, d. h. in solchen Fällen handelte es sich dann auch um die Interessen der Unternehmern. Wir mußten uns nun aber sagen, daß wir auf das resp. die Urteile der Revisionsinstanz nicht warten konnten mit dem Streik, da ja nicht vorauszusetzen ist, wann die Urteile gefällt werden, andererseits muß es jedem einleuchten, daß nun, wo die Zimmern von zwei Gerichtshöfen Recht bekam, unter keinen Umständen daran zu denken war, die Majorität der Zimmern für eine sofortige Rohrerhebung zu gewinnen. Und streiken, nur um zu streiken, hat ja keinen Zweck; denn gerade die Flensburger Kollegen wissen aus Erfahrung, wie demütigend lange Streiks wirken und daß heilige, kurze Siege einleuchtend besser wirken. Von den Zimmermeistern ist die Aufsperrung zwar aufgehoben, jedoch haben die Zimmerer, die alle auswärts arbeiten, bis dato noch keine Stellung dazu genommen. Hieraus geht hervor, daß, obwohl der Streik aufgehoben, Zugzwang noch nicht erloschen ist, da man immer noch nicht wissen kann, was aus der Geschichte herausbraten wird.

In Schleswig ist der Streik der Maurer und Bauarbeiter beendet. Am 28. Juli haben wieder Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, die nunmehr zu einer Einigung geführt haben. Die Unternehmer zahlen vom 1. Januar 1908 an pro Stunde 2 1/2 mehr und vom 1. April 1908 an noch 1 1/2 mehr. Die Abmachungen sollen bis zum 1. April 1909 Gültigkeit haben. Die Arbeit ist am 30. Juli in allen Betrieben wieder aufgenommen worden.

Gau Leipzig. Der Stand der Bewegung in Chemnitz ist folgender: Am Orte sind noch 52 Streikende zu

unterstützen, 485 arbeiten zu neuen Bedingungen, 452 Gesellen, 85 Poliere und 126 Zechlinge arbeiten zu alten Bedingungen. Wir haben immer noch keine Urteile, zu streiken, da noch rund 800 Chemnitzer Kollegen auswärts in Arbeit stehen und die Arbeitswilligen zum großen Teil sich aus Leuten rekrutieren, die nicht Maurer gelernt haben, und nur deshalb als „Arbeitswillige“ gehen, weil sie in Friedenszeiten überhaupt nicht groß beschäftigt werden. Weiter wurde der Bericht des Arbeitgeberverbandes verlesen, der in den bürgerlichen Zeitungen veröffentlicht wurde und folgenden Wortlaut hat: Die am Montag im Victoria-Hotel hier abgehaltene Versammlung des Arbeitgeberverbandes (F. B.) hat beschlossen, die abwartende Stellung auch weiterhin beizubehalten, jedoch auf das Nötigste von der Arbeiterorganisation gemachte Angebote, in Verhandlungen einzutreten, unter der Voraussetzung einzugehen, daß die genannte Organisation ihr in Aussicht gestelltes Entgegenkommen schriftlich an den Arbeitgeberverband bestätigt. Maßgebend für den Beschluß ist der Umstand gewesen, daß nahezu 3000 Bauarbeiter, Maurer, Zimmerer und Handwerker, zu den feierlichen Bedingungen arbeiten. Daß diese Zahl zu hoch gegriffen ist, geht daraus hervor, daß in Chemnitz zu Friedenszeiten überhaupt nur circa 3000 Bauarbeiter, Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, beschäftigt werden. — Daß die Unternehmer noch Leute brauchen, ja notwendig brauchen, beweist auch, daß sie jetzt an die Arbeiter Briefe schreiben und in bürgerlichen Zeitungen überall Leute suchen. Ein beratender Brief lautet:

Chemnitz, den 27. Juli 1907.

Herrn Maurer... hier.
Wenn Sie in nächster Zeit wieder bei uns arbeiten wollen, bitten wir um baldige Anmeldung in unserem Bureau.

Carl Wieselbach.
Baumeister.

Die Streikleitung hat sich mit dem Arbeitgeberverband nochmals in Verbindung gesetzt. Am 18. Juli ist folgendes Schreiben an ihn abgegangen: „An den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe (F. B.), zu Händen des Herrn Baumeister Heinrich hier. Die Verhandlungen unter Vorbehalt des Gewerbegerichts Herrn Dr. Traefner haben zu keiner Einigung geführt. Die Vertreter der unterzeichneten Gewerkschaften erlauben sich, Ihnen höflich mitzuteilen, daß sie nach wie vor bereit sind, wegen Beilegung der Differenzen mit dem Arbeitgeberverband in mündliche Verhandlung einzutreten und jeden dementsprechenden Vorschlag entgegenzunehmen. Hochachtungsvoll May Gröschke, Zimmerer, Otto Bachmann, Maurer, Arthur Gröschke, Bauhilfsarbeiter.“ — Hierauf ist folgende Antwort eingegangen: „Herrn Maurer Bachmann, hier. Wir bestätigen den Eingang Ihres werten Schreibens vom 19. d. M. und erwidern ergebnislos, daß der Arbeitgeberverband auf schriftlichem Wege in Verhandlungen einzutreten bereit ist und steht derselbe einer gefälligen schriftlichen Erklärung entgegen, die dem diesseitigen Verband ferngezeichnet, welches Entgegenkommen Sie anbieten wollen, um uns unterseits über das Angebot außer zu können. Hochachtungsvoll Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Chemnitz (F. B.), Heinrich, Vorsitzender.“ Dem Arbeitgeberverband sind hierauf nochmals unsere Einigungsvorschläge zugeandt worden. Diese lauten: „Bei Aufnahme der Arbeit 47 % der zehnjährigen Arbeitszeit, vom 1. August an 48 % und nächstes Jahr 50 % bei zehnjähriger Arbeitszeit für Maurer und Zimmerer (für Bauhilfsarbeiter 10 % weniger).“ — Freitag, den 2. August, findet eine Versammlung der Arbeitgeber statt. Wie werden sie uns entgegenkommen?

Gau Magdeburg. Von den Kolonnenbauern in Quedlinburg sind die Bauten des Herrn Rudolph v. d. Höhr gesperrt, da er sich nicht dazu aufzwingen kann, nach dem Tarif zu zahlen. Der Zug nach Quedlinburg hat deswegen bis zur Beilegung der Differenzen zu unterbleiben.

Gau Nürnberg. In Selbst ist es der Baufirma Jäger & Werner gelungen, einen Rißer in der Rot zu finden. Ein italienischer Kolonnenführer, der sich schon seit längerer Zeit in Hof aufhält, hat den Neubau der Firma in Auftrag übernommen und mit 17 Italienern die Arbeit aufgenommen. An die Leute heranzukommen, ist nicht gut möglich, zumal sie angeblich Deutsch nicht verstehen und sprechen können. Zu ihren anderen Arbeiten will sich die Firma von anderen Unternehmern, die unsere Forderungen bewilligt haben, Arbeiter ausborgen, weshalb unsere Kollegen beschlossen, daß sich keiner auf diese Weise verborgen läßt. Die Arbeitszeit und Lohnzahlung hält die Firma zwar ein, aber die Zuschläge für Überlandarbeit erscheinen ihr zu hoch. Besonders unsere böhmischen Kollegen wollen dem Herrn Jäger nicht mehr recht gefallen, und wohl deshalb nicht, weil sie sich organisiert und sich mit ihren Kollegen solidarisch erklärt haben. Der gebildete Herr ließ sich in ganz ungeheurer Art und Weise über unsere böhmischen Kollegen aus; er sprach von böhmischen Kaffen, die keine Maurer wären usw. Unsere böhmischen Kollegen werden deshalb um so mehr Veranlassung haben, diese Wunde nicht nur jetzt, sondern auch später zu meiden.

In Eisenburg i. M. hat sich die Rohrerhebung dadurch erledigt, daß sich unsere Kollegen mit einer teilweise kleinen Rohrerhebung zufrieden gaben resp. wegen der allzu großen Gleichgültigkeit, die unter den dortigen Kollegen herrscht, den Unternehmern die entsprechende Antwort auf ihr provozierendes Verhalten nicht geben konnten. Das Gewerbegericht als Eingangsamt lehnte diese „liberalen“ Gelder ab, jedenfalls in dem berechtigten Gedanken, ihre Maurer würden es auf einen Kampf doch nicht ankommen lassen. Aber ein solches Verhalten der Herren Lang und Konforten wird und muß dazu beitragen, den Stumpf sinn der Weissenburger Bauarbeiterstadt zu brechen. Eine Anzahl von Kollegen hat sich aber gelobt, in Nürnberg und anderen Orten Arbeit zu übernehmen und die Weissenburger Bauunternehmer mit ihren lieben Schmarobergefallen allein zu lassen.

Gau Oßen (Danzig). Die Lohnbewegung in Poznań, die mit dem christlichen Verband gemeinsam geführt wird, ist in ein neues Stadium eingetreten. Geordert wird ein Stundenlohn von 52 1/2 für Maurer und Zimmerer und 38 1/2

für Bauhilfsarbeiter. Nach vielen Verhandlungen glauben die Unternehmer, diese Forderung nicht bewilligen zu können, und sperren am 28. Juni sämtliche Bauarbeiter aus. Hauptächlich drehte sich der Streik um die Bauhilfsarbeiter, denen die Unternehmer 31 bis 35 1/2 geben wollten, während diese 2 1/2 abliefen, dann aber auf 36 1/2 bestanden. Ferner sollte die bisher gewährte eine halbe Stunde, die an Sonntagen früher Feierabend gemacht wurde, für die Zukunft weggelassen. Die Unternehmer glauben, daß die Zeit für eine Aufsperrung infolgedessen günstig sei, als die Bauaktivität durch die Wabefahrt erheblich eingeschränkt wird. Sie erklärten, die Arbeiter so lange ruhen lassen zu wollen, bis ein neuer Vertrag abgeschlossen sei. Von diesem Gedanken scheinen sie aber durch den Gang der Dinge abgekommen zu sein; denn in der Verhandlung am 26. Juli erklärten sie, die Aufsperrung aufheben zu wollen. Weitere Zugeständnisse machten sie jedoch nicht und die Arbeiter begarnten ebenfalls auf ihrem Standpunkt. Jetzt suchen die Unternehmer in allen Zeitungen Maurer für 64 1/2, Zimmerer für 52 1/2 und Bauhilfsarbeiter für 32–36 1/2 Stundenlohn. Außerdem stellen sie Winterarbeit in Aussicht.

Daß den Unternehmern dieser Trick nicht gelingt, ist nun die Aufgabe der Kollegen in Ost- und Westpreußen. Der Kampf wird so lange geführt werden, bis die Unternehmer nachgeben und die beschriebenen Forderungen der Arbeiter bewilligen. Wenn sie jetzt schon während der Wabefahrt gezwungen waren, die Aufsperrung aufzuheben, dann wird sich das Kampfesfeld später, wo die Bauaktivität wieder lebhafter wird, noch mehr zu ihren Ungunsten verschärfen. Da schon mehrere Kollegen auf die Zusage eingegangen sind, so bitten wir, die vorstehenden Ausführungen genau zu beachten!

Gau Stuttgart. Bei dem Unternehmer A. Schell in Ludwigsburg haben die Maurer die Arbeit niedergelegt aus folgendem Anlaß: Schell hat in der Salonsstraße vier Stadtbauten auszuführen. An drei derselben ist die Maurerarbeit in Unterlohn vergeben. Den am Orte beschäftigten Maurern ist es bekannt, daß wiederholt Kollegen durch solche Vorfälle ihren Lohn einbüßen und daß vor Gericht bei diesen Strohmannsdingen zu holen ist, weshalb Vorsicht geboten erscheint. In einer Versprechung der Maurer des genannten Geschäfts beschlossen die Kollegen, sich rechtzeitig vor Schaden zu schützen. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, mit Herrn Schell Rücksprache zu nehmen, um diese und andere Mißstände im Geschäft zu beseitigen. Mit schroffen Worten, wie „Geher“, „Lügner“ usw., verweigerte jedoch der „gebildete“ Unternehmer dem Beauftragten die Baustelle. Dadurch war eine Einigung unmöglich. Den Arbeitern gegenüber äußerte der Herr sich ebenfalls in nicht lokaler Weise: „Ich muß euch verhaften“, „Wenn's nicht geht, nichts wie raus zum Gefängnis!“ Einmütig verließen die Kollegen die Baustelle, sobald wurde über das Geschäft die Sperre verhängt. — Wie rückständig die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Ludwigsburg sind, ist aus den Löhnen schon ersichtlich. Die Löhne zwischen 35 und 45 % pro Stunde.

Es sind dies Zustände, die bloß in einer Gegend zu treffen sind, wo die Kollegen größtenteils ihrer Organisation fernstehen. Die Kollegen haben vor zwei Jahren sehen können, daß es einem auswärtigen Unternehmen möglich war, in Ludwigsburg 48–50 % Stundenlohn zu bezahlen. Gätten die Maurer in der Umgegend damals dem Rufe der Organisation Folge geleistet, ohne große Mühe wäre es möglich gewesen, jenes Lohnverhältnis auf allen Baustellen durchzuführen. Goffentlich sind die unorganisierten Maurer in Ulm, Göttingen usw. bereits durch Schaden klar geworden. Wir möchten ihnen raten, sich zu einigen; nur durch Zusammenschluß in der Berufsorganisation, im Zentralverband der Maurer Deutschlands, wird es gelingen, die veralteten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in zeitgemäßere umzuwandeln.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Verbandskalender für das Jahr 1908 gelangt Anfang September zur Ausgabe. Der Preis beträgt wie in den Vorjahren 50 %. Bestellungen sind in den nächsten Wochen zu machen; damit wir die Auflage bestimmen können.

Streikgeld darf laut Statut nur auf Entscheidung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übergeben:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Streikurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 29. Juli bis 3. August für folgende Mitglieder erteilt:

Wilsch, Schulz-Platz i. M. (Frankfurt), 114 625; v. Hoff-Wolff-Dresden (Frankfurt), 184 243; Aug. Darschke-Tübingen (Frankfurt), 264 136; Fr. Jos. Wiant-Darmstadt, 159 123; Wilsch, Griebel-Verlin (Frankfurt), 11 728; Wilsch, Merckel-Straße (Frankfurt), 188 694; M. Schwaninger-Leipzig (Frankfurt), 36 611; C. Weder-Bremen, 115 818; Aug. Schmidt-Lübeck (Frankfurt), 85 353; Wilsch, Gienemann-St. Johann (Frankfurt), 98 254; Gottl. Griebel-Weimar, 93 680; Aug. Gers-Gutten (Frankfurt), 67 829; Joh. Köhler-Nürnberg, 304 009; Louis Sanger-Altdorf, 231 730; Wilsch, Köhler-Berlin, 72 701; Fr. Reitelbach-Hamburg, 28 539; Germ. Gammels-Wien, 240 067; Albin Rippold-Leipzig, 71 662; Chr. Wilsch-Berlin, 228 474; Ferd. Hirschberger-München, 88 428; Fr. Strauß-St. Johann, 295 553; Germ. Strauß-Berlin, 244 365.

Geldleistungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer F. Köster, Hamburg 1, Gieselerstraße 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Poststempel anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 29. Juli bis 4. August 1907 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Lübeck i. M. 358 27; Mohr i. L. 229 59; Alfeld 105 20; Neustadt i. M. 18 05; Fürstberg i. M. 18 80; Wernigerode 16 40.

halt sind Verbesserungen vorgenommen, die den Kalender uns allen wieder lieb und wert machen. Mit dem Druck wird in kurzer Zeit begonnen werden. Da aber vorher die Höhe der Auflage festgestellt werden muß, so ist es nun Zeit, zu bestellen. Die Zahlstellen und Zweigvereine müssen nun durch Auslegen von Listen oder wie sie es sonst machen wollen, die Bezüge sammeln und feststellen und danach ihren Bedarf beim Verbandsvorstand anmelden. Der Preis wird wieder wie früher 50 A betragen, trotz der Verbesserungen soll keine Verteuerung eintreten, was nur begrüßt werden kann, denn es soll schließlich jeder Kollege in der Lage sein, einen Kalender kaufen zu können.

Also nun los mit den Bestellungen, wer einen Kalender haben will!

Was siehst du aber den Splitter?

Die „Weirdeutsche Post“, ein in Düsseldorf erscheinendes Christen-Durchschnitts-Wochenblatt, schreibt aus Mülheim a. d. R.

„Das Mitglied P. Mania vom (S.-D.) Gewerbeverein der Bauhandwerker trat am 4. Juli bei der Firma Möllerburg & Sohn in Arbeit und wurde auf einem Neubau in der Gärberstraße beschäftigt. Auf diesem Bau arbeiteten auch neun im christlichen Verbandsorganisierte Arbeiter. Von diesen wurde Mania zunächst befragt, der christlichen Organisation beizutreten; als aber alles Nureden nichts half, da griffen sie zu anderen Mitteln. Fortgesetzt wurde er beschimpft und derartig schikaniert, daß ihm nichts anderes übrig blieb, als am 19. Juli die Arbeitsstätte zu verlassen. Besonders der Schriftführer der christlichen Organisation tat sich bei diesem terroristischen Treiben hervor.“

Das Christenblatt meint dazu:

„Das sind ja nette Christen, die derartige Schandtaten begehen; nennen sich Christen und treten die Lehre des Christentums fortgesetzt mit Füßen. Wo nehmen diese Leute übrigens die Berechtigung her, in ihren Organen ständig über den Terrorismus der freien Gewerkschaften zu schreiben? Sind sie doch kein Haas besser als diese.“ Die Christen-Durchschnitts sind nun allerdings die allerlesten, die sich als Sittenrichter aufspielen können. In ihrer Kritik des christlichen Terrors zeigen sie sich als ebenso große Heuchler wie die, gegen die sich ihre Kritik richtet.

Berlin. Freitag, den 26. Juli, tagte eine gut besuchte Generalversammlung der Sektion der Sips- und Zementarbeiter. Zunächst erstattete der Kassierer Bericht über den Kassenertrag vom zweiten Quartal; danach betrug die Einnahme A 33 361,96, infolge des alten Bestandes von A 16 173,06, die Ausgabe betrug A 19 977,46, bleibt ein Bestand der Kassa auf A 13 384,50. Von den Ausgaben sind A 3123,07 für die Quartalsabrechnung einmündig entlastet. Eine Abrechnung über die Ausgaben an Unterstützung der durch den Kampf im Baugewerbe in Mitleidenchaft gezogenen Kollegen kann erst nach Beendigung des Kampfes gegeben werden. Bis zum Schluss des Quartals betrug die Summe, die an Unterstützung ausbezahlt wurde A 70 280,20. An Streikbeiträgen sind A 16 632,55 eingegangen. Betreffend die Bezahlung der Streikbeiträge wurde beschlossen, daß alle Kollegen, die in einem anderen Beruf gearbeitet haben, arbeitslos werden und eine Streikrate erhalten, verpflichtet sind, die Streikbeiträge zu entrichten. Ebenfalls müssen die Kollegen, die von einer Berliner Firma nach außerhalb geschickt werden, sich nicht abmelden, also Mitglied der Sektion bleiben, die Streikbeiträge bezahlen. Die Mitgliederzahl betrug am Schluss des zweiten Quartals 2554. Von den Mitgliedern sind Rabispurger 745, Rabispanner 471, Zementierer 366, Einspaler 335, Ruberträger 228 und Sipsarbeiter 363. 2128 Mitglieder hatten keine Beitragsrückstände, 428 folgte von einer bis neuen Wochen. Wegen rückständiger Beiträge mußten gestrichen werden 181 Mitglieder, neu eingetretene sind 80, angemeldet 71, abgereist 75, ausgestiegen 27, ausgestiegen 1, und gestorben sind 10 Kollegen. Die Namen der verstorbenen Kollegen sind: Ruder Heinrich Kähler, Ernst Klein, Gustav Walter, Rudolf Lamprecht und Ernst Woloch, der Rabispanner August Lindenberg, der Einspaler Franz Thiene und der Sipsarbeiter Wilhelm Woll, Franz Witten und Fritz Witten. Das Andenken der verstorbenen Kollegen wurde in der üblichen Weise geehrt. Hierauf gab der Vorsitzende, Kollege Gaele, einen Situationsbericht über den augenblicklichen Stand der Lohnbewegung, sowie über die Zahl der durch den Kampf im Baugewerbe in Mitleidenchaft gezogenen Kollegen. Gleichzeitig gab er das Ergebnis der am 12. und 13. Juli vorgenommenen Bautenkontrolle bekannt. Er führte aus, daß zur Zeit 101 Unternehmer vom Verband der Baugewerkschaft die Forderung auf Verklärung der Arbeitszeit unterchristlich anerkannt haben. Im übrigen verweist er auf die wöchentlichen Streikberichte im „Grundstein“, sowie auf die Veröffentlichungen im „Vorwärts“, insbesondere machte er auf die von den Maurern aufgenommenen und veröffentlichten Bautenstatistiken aufmerksam, die ein genaues Bild von dem augenblicklichen Stand der Bewegung geben. Im allgemeinen ist der Stand des Streiks für die Arbeitnehmer als günstig zu bezeichnen. Mit ganz wenigen Ausnahmen können wir konstatieren, daß unsere Kollegen sich in diesem Kampfe stütze, an die Beschlüsse der Generalversammlung vom 30. Mai dieses Jahres halten, und jegliche Streikarbeit, die ihnen angeboten wird, verweigern. Wo sich trotzdem die Kollegen gegen diese Beschlüsse verhalten und Streikarbeit verrichtet haben, werden wir diese nach Beendigung des Kampfes zur Rechenschaft ziehen. In das Verzeichnis der Streikenden sind bis heute 1430 Kollegen eingetragen. Sammelkarten zum Streikfonds sind an 2169 Kollegen ausgegeben. Die Zahl der in Mitleidenchaft gezogenen Kollegen betrug in der ersten Streikwoche 109, in der zweiten Woche 354, in der fünften Woche 683 und in der zehnten Streikwoche 519. In den Vorjahren hatten wir um diese Zeit wenig oder

fast gar keine arbeitslosen Kollegen. Und wenn man gegenüber dem letzten Jahr, wo zirka 20 000 Maurer in Berlin beschäftigt waren, feststellt, daß zur Zeit nur die Hälfte davon hier arbeitet, so ist die logische Folgerung, daß in der Zeit immer mehr Kollegen arbeitslos werden, da die Bauten im Innern der Stadt nicht in dem Maße gefördert werden, als wenn alle Maurer in Tätigkeit sind. Unser Gewerbe kann sich nur entwickeln, wenn im Baugewerbe alles seinen geregelten Gang geht. Ein ungefähres Bild des Beschäftigungsgrades in unserem Berufe zeigt uns das Ergebnis der Bautenkontrolle vom 12. und 13. Juli. An den Tagen der Kontrolle war derartig ungünstiges Wetter, daß viele Kollegen auf der Baustelle nicht angetroffen wurden. Kontrolliert wurden 293 Baustellen mit insgesamt 2011 darauf beschäftigten Kollegen. Festgestellt wurden Rabispurger 490, Rabispanner 224, Zementierer 198, Einspaler 191, Träger 330 und Zementhilfsarbeiter 578; organisiert waren 1654 Kollegen und 357 waren indifferent, gehörten also keiner Organisation an. Am Tage der Kontrolle meldeten sich als in Mitleidenchaft gezogen 510 Kollegen; im ganzen wurden also 2521 festgestellt. Nach einer sehr regen Diskussion, in der alle Redner ihrer Befriedigung Ausdruck gaben, daß sie sich unsere Kollegen stütze, an die Beschlüsse der Versammlung vom 30. Mai gehalten, und im gegenwärtigen Kampfe unserer Berufs Kollegen jegliche Arbeit zurückgewiesen haben, die als Streikarbeit angesehen werden konnte, wurden betreffs der Unorganisierten die Kollegen aufgefordert, ihre ganze Kraft zur Organisation der indifferenten auszubringen, ebenfalls den Gedanken der Einheitsorganisation mehr zu propagieren, damit endlich in der Arbeiterbewegung die Verschärfung der Kräfte aufhöre und wir als geschlossene Phalanx dem Unternehmertum gegenüberstehen. Unter Vorsitz des Herrn wurde ein Antrag des Vorstandes gegen wenige Stimmen angenommen, von der vierten Streikwoche ab eine Miteunterstützung von A 2 pro Woche an die verheirateten Kollegen zu zahlen. Die Frauen derjenigen Kollegen, die während der Bewegung arbeitslos sind, erhalten von derselben Woche ab die doppelte Unterstützung im Betrage von A 4 pro Woche. Einmündig ausbezahlt wurde der Ruberträger Karl Budmann, Buchr. 343 325, weil er sich im Streikfunktionslokal ungesetzlich betragen hat, indem er den Streikleiter bedrohte. Hierfür wurde noch bekannt gegeben, daß der Bau der Gemeinhaus Altien-Gesellschaft Hannover-Berlin in Krummholtz bei Halle an der Saale wegen Lohnreduzierungen von der dortigen Organisation der Zimmerer gesperrt ist; die Einspaler werden gewarnt, Arbeit nach dort anzunehmen. Nachdem der Kollege Gaele in kurzen Worten die Kollegen aufgefordert hatte, die Streikbeiträge pünktlich zu bezahlen, erfolgte Schluss der gut besuchten Versammlung.

Bremerhaven. Am 27. Juli hielt der Zweigverein Bremerhaven „Colosseum“ eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab, deren Besuch leider viel zu wünschen übrig ließ. Als Hauptpunkt der Tagesordnung war ein Vortrag des Kollegen Winnig-Hamburg vorgelesen über „Christliche Gewerkschaften“. Nach einigen allgemein einleitenden Sätzen führte Redner etwa folgendes aus: Die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter ist leider nicht einheitlicher Natur; sie zerfällt in zwei Hauptgruppen, deren erste die moderne Arbeiterbewegung bildet, während sich die andere den bürgerlichen Parteien verschrieben hat. Letztere wieder zerfällt in verschiedene Unterabteilungen, von denen die christlichen Gewerkschaften die bedeutendsten sind. Zu ihrer Beurteilung ist die Tatsache sehr wichtig, daß sie nicht aus der freien Initiative der Arbeiter hervorgegangen sind, sondern vielfach von Zentrumsanhängern gegründet wurden. Den ersten Anstoß zu einer christlichen Arbeiterbewegung haben wir, wenn wir von den katholischen Gewerkschaften absehen, in der Agitation des Bischofs v. Ketteler vor uns, der sich bemühte, den Einfluss der Kirche abzugewinnen und versuchte, die Arbeiterschaft auf christlicher Grundlage zu organisieren. Er forderte u. a. den Ausbau des Unterstützungsvereins und die staatliche Organisation der Arbeiter, mußte aber bald einsehen, daß seine Bemühungen keine praktischen Erfolge zeigten. Anfangs der 70er Jahre sehen wir dann die ersten Versuche, ständige feste Organisationen der katholischen Arbeiter zu schaffen. Der Westen Deutschlands mit seiner schon zu damaliger Zeit nicht unbedeutenden industriellen Entwicklung bildete gewissermaßen das Versuchsfeld. Um dieselbe Zeit aber finden wir auch das Bestreben der dortigen Arbeiter, wirtschaftlich unabhängig, nach jeder Richtung freie Organisationen ins Leben zu rufen. Jedoch der 1872 unternommene Versuch der Organisation der Vergarbeiter scheiterte, dank der vom Zentrum und der katholischen Kirche inszenierten Hetze, und erst im Jahre 1877 gelang es, in dem nach seinem Begründer benannten Rosenzang-Verband eine größere Anzahl Vergarbeiter zu vereinigen. Aber auch jetzt wieder versuchte die Kirche in Gemeinschaft mit den Herren diese Organisation zu unterdrücken und so sehen wir denn, daß auch schließlich ihre Reiben sich wieder lichten, bis dann das Sozialistengesetz sie gänzlich von der Bildfläche verschwinden ließ. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, das die Agitation der freien Gewerkschaften brachste, ist es dem Zentrum wie der Kirche gar nicht eingefallen, irgend etwas zur Verbesserung der Lage der Arbeiter zu unternehmen. Auch hierin ist zu sehen, daß die christlichen Gewerkschaften lediglich als Konträreorganisations gegen die moderne Arbeiterbewegung zu betrachten sind. Erst im Jahre 1889, bei der Gründung des heute noch bestehenden alten Vergarbeiterverbandes, haben wir die Gewerkschaft mit ihrem verwerflichen Treiben wieder auf dem Plane erscheinen. Der Ausfall der Reichstagswahl 1893, das gewaltige Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen gab dann dem Zentrum Veranlassung, endlich an die Organisation der Vergarbeiter Arbeiter heranzutreten. Es wurde dann ein Vergarbeiterverband einberufen, der die Gründung des christlichen Vergarbeiterverbandes zur Folge hatte. Zwei Strömungen bekämpften sich in diesem Verbande; während die eine unter völliger Wahrung der Neutralität lediglich die wirtschaftliche Verbesserung der Arbeiter erstrebte, forderte die andere hauptsächlich die Bekämpfung der Sozialdemokratie. In rascher Aufeinanderfolge entstehen nun in den Jahren 1896 bis 1898 die verschiedenen lokalen

Vereinigungen in der Textilindustrie, dem Bauhandwerk, sowie in der Metall-, Leder-, Tabak- und Holzindustrie. Im Jahre 1899 fand der erste Kongress der Christlichen Arbeiter statt, auf dem man sich für politische Neutralität aussprach, auch in religiösen Fragen dürfen keine Grenzen gezogen werden. Dort schuf man auch eine Zentrale. Der auf diesem Kongress aufgestellte Grundsat der Interkonfessionalität führte jedoch zu Streitigkeiten mit einem Teile des Klerus. Die Folge war die Gründung sogenannter Fachabteilungen in den katholischen Arbeitervereinen. Man tritt sich aber auch um die Stellungnahme zu tagesspolitischen Fragen, so gelegentlich der Beratung des Sozialtarifs; dieser Streit drohte fast das eben erst zusammengefügte wieder zu zersprengen und hat sie jedenfalls in ihrer Entwicklung etwas gehindert. Nach der Schilderung ihres gegenwärtigen Standes erklärte Redner die Frage ihrer Weiterentwicklung. Die hauptsächlichsten Rekrutierungsgebiete sind der Westen und der Süden Deutschlands, also jene Randesteile, in denen die Volksbildung am rückständigsten, der Einfluss der Kirche aber unbeschränkt ist. Der Zustrom aus diesen Randesteilen muß aber nach und nach versiegen. Mit der immer weiter fortschreitenden Aufklärung der Massen wird den christlichen Gewerkschaften auch dort der Boden entzogen werden, und bald wird sich für die Zeitpunkt gekommen sein, wo es heißt: Bis hierher und nicht weiter. Wie hinderlich ja geradezu gefährlich die christlichen Gewerkschaften den Arbeitern in dem Bestreben der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage sind, haben wir leider nur zu oft erfahren müssen. Allüberall, wo sie genügend Einfluss hatten, waren sie bereit, den Arbeitern in den Rücken zu fallen und verabschiedet sind durch ihre verwerfliche Handlungsweise Streiks direkt illusorisch gemacht. Was können wir nun hiergegen unternehmen? Die christlichen Gewerkschaften geben in den meisten Fällen als Grund ihrer Handlungsweise an, sich durch den Streikbruch die ihnen von den modernen Gewerkschaften versagte Anerkennung erzwingen zu wollen. Man nehme ihnen also keinen Vorwand zum Streikbruch und verlasse, sie in lokaler Weise für unsere Forderungen zu gewinnen, um so in gemeinsamer Weise mit ihnen die wirtschaftlichen Kämpfe führen zu können. Werden sie auch dann noch zu Streikbrechern, dann haben wir zum wenigsten alles getan, um sie hietan zu verhindern, und sie verdienen es, nicht anders bezeichnet zu werden, als mit dem Ausdruck Streikbrecherorganisationen. Aber auch aus politischen Gründen kann man zu oben kurz skizzierten Anschauungen gelangen. Die christlichen Gewerkschaften bilden gegenwärtig ein Anhängel des Zentrums. Es muß versucht werden, sie für unsere Forderungen in der Sozialpolitik und im Arbeiterkampf, auch für unsere Forderung nach größeren politischen Rechten zu gewinnen. Entwerder wurde dadurch das Zentrum zu einer arbeitervereindlichen Politik gezwungen werden, oder die christlichen Arbeiter würden ihm davonlaufen. In jedem Falle wäre dadurch ein nicht zu unterschätzender Fortschritt für die gesamte Arbeiterbewegung erreicht. Die Kritik der Gewalt darf man den Christlichen gegenüber nicht in Anwendung bringen, es sei denn, daß es sich um benutzte Streikbrecher handelt. Liegt einem das Wohl der Gesamtarbeiterbewegung am Herzen, so kann man keinen anderen Standpunkt vertreten. Lang anhaltender Beifall lohnte den Referenten für seine Ausführungen, und fast beifollos machten die Christlichen, die in diesem Referat vertretenen Ansichten zu den ihrigen. Zum Schluss hielt Kollege Winnig noch eine kurze die Notwendigkeit der Beitzugserhöhung begründende Ansprache und befand sich auf diesem im Einverständnis der Versammlungsteilnehmer. Der vorgelesenen Zeit halber erfolgte dann gegen 12 Uhr Schluss der Versammlung.

Elbing. Mittwoch, den 31. Juli, hielt der hiesige Zweigverein seine Mitglieder-Versammlung ab, die trotz der schwachen Konjunktur, die hier herrscht, gut besucht war. Es war ungefähr die Hälfte der Kollegen erschienen, was im hiesigen Zweigverein nicht oft vorkommt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung wird die Kollegen wohl so herangezogen haben. Es sollte nämlich Stellung genommen werden zu der Kündigung unseres Arbeitsvertrages. Wie bekannt, ist hier der Arbeitsvertrag am 31. März gekündigt worden, aber bis heute ist es noch nicht zur Abschließung eines neuen gekommen. Hieran liegt natürlich, wie oben schon angedeutet, die schlechte Konjunktur, die hier herrscht, die meiste Schuld. In dieser Versammlung wurde denn auch über diesen Punkt diskutiert, und es lief der Antrag ein, nochmals mit einem Schreiben an die Unternehmer heranzutreten; in der Abstimmung ging auch dieser Antrag einstimmig durch. Unser Gausvorsitzender stellte sich jedoch ganz anderer Meinung. Er hielt sich nämlich auf den Standpunkt, daß wir in diesem Jahre einen guten Arbeitsvertrag doch nicht fertig bringen und uns ein schlechter nichts nütze. In dieser Hinsicht kann den Elbinger Kollegen nur geraten werden, die Organisation zu festigen. Bezüglich der Extrabeiträge wurden die Kollegen in der Versammlung ermahnt, ihrer Pflicht in dieser Hinsicht regelmäßig nachzukommen, aber da gab es, wie vorausgesetzt war, viel Gerede. Wir richteten deshalb an die Elbinger Kollegenchaft die dringende Bitte, komme jeder seiner Pflicht nach, bringe jeder das kleine Opfer freudig, denn er bringt es nicht bloß für die anderen, sondern auch für sich selbst. Es würde uns so bedauerlicher sein, wenn gerade wegen dieser paar Pfennige die Kollegen aus dem Verzeichnis gestrichen werden müßten.

Siedershausen. Am 28. Juli tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Zunächst wurde die Abrechnung vom zweiten Quartal verlesen. Alsdann referierte der Kollege Hermann Busse aus Hannover über die Extrabeiträge. Er stellte klar, wie notwendig es sei, unsere Verbandskasse zu stärken, um gegen größere Entwürfe geschützt zu sein. Die Extrabeiträge würden nicht für den Berliner Kampf erhoben, wie hier irrtümlich angenommen worden sei, sondern zu dem Zweck, einen Reservefonds anzusammeln. Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Zum Schluss äußerte sich der Referent über den Zweck und Nutzen eines Gewerkschaftsstatut. Er betonte, daß in kleineren Orten ein Gewerkschaftsstatut unentbehrlich sei, wenn die verschiedenen Organisationen vortrücks kommen wollten. Neben Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats findet die Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal bei Herrn Aug. Schultze statt.

Frankfurt a. M. Sonntag, den 28. Juli, tagte im Gasthaus „Zum weißen Hof“ in Langenfeld eine Mitgliederversammlung, die nachfolgend war. Zunächst erstattete der Kassierer Bericht vom zweiten Quartal, der für richtig befunden wurde. Ueber den Extrabeitrag sprachen die Kollegen Salzhilms und Christian Weidenbach. Es sei sehr wichtig, den Extrabeitrag zu erhöhen; in Genua und Offenbach seien Versammlungen abgehalten worden, und niemand habe sich dagegen erklärt. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu. Gleichzeitig forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, die gegenwärtig nicht im Maurerergewerbe arbeiten, sich bei ihm zu melden. Hierauf stellte Kollege Rauscher den Antrag, dem Hilfskassierer von Oberdenbach, Kollegen Jeller, eine vierteljährliche Vergütung zu gewähren. Es wurden ihm 2 bewilligt. In „Verschiedenes“ erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, den Kollegen Wilhelm Gahner, der gegenwärtig an dem Kasernenumbau in Genua in Afford arbeitet, aufzufordern, die Maßregelungen, die er schon zum zweiten Male an jüngeren Kollegen verübt hat, zu unterlassen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Frankfurt a. M. D. Sonntag, den 2. August, erschienen in der „Oder-Zeitung“ eine Annonce, daß Maurer und Zimmerer zu 75 % Stundenlohn bei neuem Bauarbeiten nach Berlin geschickt würden. Nachher sei im Restaurant „Friedrichshöhe“ zu treffen. Schon am Sonntagabend früh wurden zwei Agenten von einem Kollegen am Bahnhof empfangen, der ihnen das Geld gab. Am Abend ging Kollege Schürmer nach dem betreffenden Restaurant und stellte sich als „Arbeitswilliger“ vor mit dem Bemerkung, daß er noch neuem Mann befragen könne. Die Agenten, sehr erfreut über den so guten Gang, veranstalteten ein Schmaus, das sich bis zur zwölften Stunde hinzog, wobei sie pro gekostete Seele 1.10 Reichsmark verbrauchten. Nach Vereinbarung sollte Kollege Schürmer am Sonntag Vormittag mit den beschriebenen Mannschaften antreten, was auch geschah; aber ohne diese, die er als auswärtige Kollegen wegen der schlechten Witterung entschuldigte. In dieser Zeit hatte sich aber schon der Vorstand mit einigen Kollegen dort eingefunden. Nach langen Worten erklärten die Agenten, die wirklich schon wieder einige Helfer hier hatten bringen lassen, er möge doch die anderen Mannschaften holen, damit sie noch mit dem Zwei-Hör-Junge nach Berlin fahren könnten. Das Geschäft sollte der Expedient befragen. Der Kollege sollte aber erst nach und nach abgeben, was er sich auch bereit erklärte und das Verhandlungsbild herzog. Die Agenten wurden grün und gelb vor Wut, als das Geld der anwesenden Kollegen erscholl und Kollege Schürmer ihnen erklärte, sie müßten das hier ausgegebene Geld nur für die erforderlichen 85 % ausgeben und im übrigen sollten sie so schnell wie möglich verschwinden, welchem Wunsch sie auch lehnhaft nachkamen. Hoffentlich haben sie das Wiedersehen für immer vergessen.

Dienstag, den 28. Juli, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Nachdem der Kassierer die Vierteljahresrechnung vorgelesen hatte, die von den Revisoren als richtig befunden war, erklärte der Vorsitzende die vom Vorstande ausgeschriebene Mehrzahlung von 40 % pro Woche, worüber sich Kollege Schmollinger demotiviert äußerte, daß er den Saal verließ. Es herrschte überaus eine solche Unruhe, daß andere Fragen gar nicht erledigt werden konnten und verschiedene Kollegen voll Unmut die sofortige Versammlung verlassen. Hier herrschte eine gute Stille, die aber gerade ausreichte, die in großer Menge erschienenen fremden Kollegen, die zum Teil gar nicht dem Verbande angehören oder nicht angemeldet sind, zu beschämen.

Graubenz. In der Donnerstag, 25. Juli, abgehaltenen Mitglieder-Versammlung verlas zunächst der Kassierer die Rechnung vom zweiten Quartal. Da Widerspruch dagegen nicht erhoben wurde, konnte der Kassierer entlastet werden. Sodann referierte Kollege Wendenbush über Unternehmerratsnotizen. In seinen Ausführungen verbiest er auf die im Herbst v. J. in einer Versammlung, in der Kollege Stiffing referierte, beschlossene Resolution, die noch allgemein bekannt sein dürfte und deshalb wohl nicht wiederholt zu werden braucht. Er kam dann auf die vom Vorstande ausgeschriebene Extrabeitrag zu sprechen und erwähnte die Kollegen, samt und sonders ihrer Pflicht zu gedenken. Wer den Extrabeitrag nicht zahlen, verliere alle seine Rechte an den Verband. Kollege Lenz schloß sich den Ausführungen des Referenten an und betonte, daß es dringende Notwendigkeit sei, unsere Kassen zu füllen und uns zu wappnen. Die Versammlung war mit den Ausführungen der beiden Redner vollkommen einverstanden. Zum Schluß rügte der Vorsitzende den schwachen Besuch der Versammlungen. Die Kollegen müßten mehr agieren und Propaganda treiben.

Kattowitz. Am Dienstag, den 28. Juli, tagte hier eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung. Kollege Reichelt erstattete zunächst Bericht über die Rechnung vom zweiten Quartal, worauf dem Kassierer durch Erheben von den Plänen Decharge erteilt wurde. Ueber den Extrabeitrag referierte Kollege Baude. Da hier unter den Kollegen eine große Mißstimmung wegen des Extrabeitrages vorhanden war, erinnerte Redner die Kollegen an die Beschlüsse der Herbst-Versammlung. Kollege Schmeiß erklärte, daß wir den Beitrag auf die Dauer von zehn Wochen entrichten müßten, da unsere Gegner zu demselben Mittel greifen, um ihre im Kampfe stehenden Kollegen zu unterstützen. Nach einer lebhaften Aussprache erfolgte mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands Schluß der Versammlung um 10 Uhr.

Königsbütte. Freitag, den 2. August, hielt unser Zweigverein eine Versammlung ab, die nur mittelmäßig besucht war. Baude referierte über Extrabeitrag. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen: „In Erwägung, daß die Kämpfe im Maurerergewerbe mit dem Unternehmertum um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den nächsten Jahren immer größere Gebiete und größere Massen der Maurer erfassen, beschließt die am 2. August im Gewerkschaftslokale tagende Maurer-Versammlung des Zweigvereins Königsbütte, die Extrabeitrag von 4 % pro Mitglied von all den Kollegen, die in diesem Jahre in Oberhessen als Maurer tätig waren (vom 6. Oktober ist bei Neuaufnahmen außer dem Eintrittsgeld ein Beitrag zu zahlen), zu erheben. Unter „Verschiedenes“ sprachen die

Kollegen Wende und Glawania-Bismarckhütte über Mißstände am Baue. Einige Worte veranlaßte ein Kollege durch Äußerungen des Gerüsts. Als die Kollegen vorher über schlechten Geruch bei der Polizei Anzeige erstattet hatten, denunzierte der Kommissar die Kollegen beim Unternehmer als die Verärter und ergab damit ihre Entlassung. Die Polizeibeamten sollten bedenken, daß sie, wenn auch ein bunter Haufen sind, doch von den Steuergeheßen der Arbeiter leben. Hierauf erhob sich der überaus große Beamte Barroas und löste die Versammlung auf. Unsere Kollegen gingen in großer Ruhe nach Hause. Diese Auflösung beweist auf neue, daß es endlich an der Zeit ist, durch Gesetze den Machtbefugnissen der Polizei in Preußen eine Grenze zu setzen. Unsere Kollegen aber werden durch dieses Festhalten an unserer Organisation stolz über solche Schikanen ihrem Ziele aufzueilen.

Leipzig. Von dort wird geschrieben: In der Nr. 176 der „Leipziger Volkszeitung“ ist eine Erwiderung auf den Versammlungsbericht, der auch im „Grundstein“ Nr. 31 steht, enthalten. In dieser Erwiderung wird von einem unverlässlichen Bureaukritikus gesprochen. Hierzu sei bemerkt, daß dieser Bericht vom Kollegen Wolf, der am Baue arbeitet, und nicht von einem im Bureau tätigen Kollegen geschrieben worden ist. Ferner sei erwähnt, daß Norddorf, der Kassierer des Zweigvereins Schöneberg, am Schluß seiner Ausführungen die Anwesenden direkt aufzufordern, die Zahlung des Extrabeitrages zu verweigern. Diese Forderung war ja auch die logische Folge von dem, was Norddorf selbst in der Erwiderung ausführt. Anders hätte ja die Ausrufung betreffs der 4500 Maurer gar keinen Sinn gehabt.

Magdeburg. Eine außerordentliche Generalversammlung des Zweigvereins Magdeburg und Umgebung tagte am 28. Juli im „Luisenpark“. Fast 600 Kollegen hatten sich trotz der Arbeitslosigkeit eingefunden. Ueber die Situation im Maurerergewerbe unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Bewegung sprach Kollege Koch. Er führte unter anderem aus: Bis zum vorigen Jahre war die Bautätigkeit sehr gut, was auch den Organisationen zu gute kam. Waren im Jahre 1905 307 878 Personen im Bauberufe organisiert, so waren es im Jahre 1906 392 567. Der Maurerverband hatte am Schluß des Jahres 1905 158 680 Mitglieder, Ende 1906 waren es 183 747. Ein schöner Beweis für die Werbekraft unseres Verbandes. Am Schluß des Jahres 1906 machte sich in verschiedenen Orten bemerkbar, daß nicht mehr so viel Kapitalien auf dem Bauplätze flüchtig wurden, als im vorhergehenden Jahre. Dazu trug die Verteuerung des Geldes auch bei. Von einer Krise im allgemeinen konnte noch nicht die Rede sein. Auch jetzt ist die Arbeitslosigkeit nicht schlecht, doch in verschiedenen Städten macht sich die Arbeitslosigkeit schon recht fühlbar. So auch in Magdeburg, wo weniger Bauten angemeldet sind als in den vorigen Jahren. In den Reihen der Unternehmer kommt nun die Ansicht immer mehr zum Durchbruch, daß es an der Zeit sei, unserer Organisation das Leben sauer zu machen. Je mehr Erfolge wir hatten, desto größer wurde der Haß der Unternehmer. Und als im vorigen Jahre in fast allen Zweigvereinen große Agitationsversammlungen abgehalten wurden, in denen über die kulturelle Bedeutung der Vertiefung der Arbeitszeit gesprochen und dem Verbandsvorstande der Auftrag wurde, den Verband stets kampfbereit zu halten, wenn auch dadurch die Beiträge erhöht werden müßten, war es mit der anfänglichen Ruhe im Lager der Unternehmer vorbei. Waren sie bis dahin öfter geneigt gewesen, die Vertiefung der Arbeitszeit ohne Kampf zu bewilligen, so erklärten sie jetzt überall: „Eine Vertiefung der Arbeitszeit gibt es nicht.“ Für uns Hand deshalb auch schon im vergangenen Winter fest, daß die Forderung unserer Berliner Kollegen abgelehnt werden würde. Der Kampf ist nun entbrannt, aber die Unternehmer haben in Berlin nicht bemerkt, die Auslieferung vollständig durchzuführen. Schon arbeiten eine ganze Anzahl Kollegen zu den neuen Bedingungen und Streikbrecher sind wenig vorhanden, doch auf dessen Seite sich der Sieg zeigen wird, ist noch nicht abzusehen. Unterliegen wir, so liegt es nicht an der Macht der Unternehmer, sondern an der gefährlichsten Schwierigkeit der Lage des Baugewerbes. Für 80 bis 85 % Stundenlohn bekommen die Unternehmer keine Streikbrecher, und da sollten wir nicht mit Stolz auf unsere Organisation blicken? Wir wollen deshalb mit dem Verbandsvorstand dafür sorgen, daß wir nicht gestrichelt dastehen. Für dieses Jahr sind unsere Kassen gefüllt; zeigen wir unseren Opfern, und wir werden am Jahresschlusse konstatieren können, daß wir allen Stürmen gewachsen sind. An der Zeit ist es jetzt nicht, zu ganken und zu haben, jetzt gilt es zu handeln, indem wir die vom Verbandsvorstand ausgeschriebenen Extrabeiträge bezahlen. Mögen dann die Unternehmer kommen; an der geschlossenen Pfalz der Arbeiter müssen ihre Pläne zu scheitern werden. Nach einer kurzen Diskussion gab Kollege Willgemann den Beschluß des Verbandsvorstandes noch bekannt und teilte mit, daß alle Arbeitslosen sich bei ihren Kolporteurs oder Zahlstellenbesitzern zu melden haben.

Nauen. Am 28. Juli hielt der Zweigverein Nauen eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Der Kassierer verlas die Rechnung vom ersten und zweiten Quartal. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Hierauf wurde der Kollege Schmiedehaus zum provisorischen Schriftführer gewählt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde bekannt gemacht, daß für Nauen 40 % Extrabeitrag zu zahlen sind. Der Antrag, ein Vergnügen abzugeben, wird abgelehnt. Den ausgesparten Kassaübersicht werden 15 bewilligt. Der Kassierer hat am nächsten Tag alle Kollegen in Berlin arbeitenden Kollegen, Maurern und Bürgern, die Arbeitsbereitschaftskarte abzugeben. Der Vorstand wird beauftragt, über die in Berlin arbeitenden Kollegen die Kontrolle auszuführen.

Neumarkt (Westf.). Vor zwei Jahren hatte der Verichter Kassierer Gelegenheit, einer Fahnenweihe des hiesigen Handwerkervereins beizuwohnen. Der die Weihe haltende Herr sprach unter anderem auch den Wunsch aus, daß die Gasse dazu beitragen möge, den Aufwandsbeitrag der Handwerker zu fördern, damit sich vor allem kein sozialdemokratischer Geist in die Reihen der Neumarkter Handwerker einschleiche. (Nebenbei bemerkt geboten fast alle Maurer zu dem genannten Verein.) Kollege Wendenbush aus Graubenz hatte auf einer Agitationstour auch

Neumarkt besucht und versucht, die Neumarkter Kollegen unserer Organisation zuzuführen. Die Kollegen zeigten auch viel Verständnis hierfür. Es wurde eine Versammlung für Sonntagabend, den 6. Juli, im Lokale des Herrn Sawitzke angemeldet. Die politische Anmeldung wurde bescheinigt. Aber plötzlich, drei Stunden vor dem Beginn der Versammlung, entkam man sich wahrcheinlich jener Rede von 1905 — und der Wirt betweirte sein Lokal zum Abhalten der Versammlung. Er erklärte, er könne es nicht hergeben, sonst würde er großen Schaden von anderer Seite haben. Die Kollegen, 25 an der Zahl, ergrimmten über die Handlungsweise gewisser Kreise, ließen sich dann auch als Mitglieder aufnehmen, ohne daß Kollege Wendenbush ihnen den Wert der Organisation näher auseinandersetzt. Es dauerte nicht lange, da erschien auch die Polizei im Lokale des Herrn Sawitzke, in dem Kollege Wendenbush die Aufnahmen vollzog. Ein Beamter fragte den Wirt eingehend, ob dort Neben gehalten worden seien. Der Wirt sagte: Der Herr trinkt mit den anderen Herren sein Bier, und weiter tut er gar nichts. Selbstverständlich konnten die Gewalttaten von Neumarkt nichts ausrichten; sie setzten sich an anderen Tisch nieder und haben der engherzigen Arbeit des Kollegen Wendenbush zu. In der Zwischenzeit waren aber auch schon die Gendarmen der Neumarkter Umgebung auf die Beine gebracht worden, die dann erst im Lokale des Herrn Sawitzke nach jenen Maurern suchten. Von dort gingen sie dann nach dem Dorf Konig, um uns dort im Wälderchen aufzufuchen. Die Herren setzten sich dort nieder. Als Kollege Wendenbush später mit noch einigen Kollegen zu dem Gastwirt Walter nach Konig ging, um zu erfahren, ob er das Lokal zum Abhalten von Versammlungen haben könne, gingen die Herren der Ordnung selbstverständlich nicht früher fort als Kollege Wendenbush; sie blieben bis spät in die Nacht dort, wahrcheinlich um zu verhindern, daß nicht der gefürchtete sozialdemokratische Geist dort Wurzel fäße. Am 11. Juli hatten die Kollegen von Neumarkt wieder eine Versammlung einberufen, aber wieder wurde das Lokal abgetrieben. Kollege Wendenbush, der wieder erschienen war, wurde von den Gendarmen und der Polizei sehr im Auge gehalten. Aber trotz alledem konnten die Allmächtigen es nicht verhindern, daß die Kollegen von Neumarkt an die Unternehmer eine Forderung zur Verbesserung des Lohnes einreichten. Als man ihnen bis zum 20. Juli von Seiten der Unternehmer keinen Bescheid zukommen ließ, legten sie die Arbeit nieder. Die Gendarmen leisteten alles mögliche, um die Zusammenkunft zu verhindern. So verurteilten sie, einzelne Kollegen, in denen sie die Führer vermuteten, abzugeben, Mitglieder zu sein, da sie doch anständige Männer seien und der Verband doch nichts nütze. Außerdem hatte sich der Gendarm Pauls ausgelassen, daß sie (die Kollegen) jetzt Beiträge begahnt hätten, nur damit es der Wendenbush verbringe. Nach Aussagen von Zeugen hatte er gesagt: „Wendenbush betrügt sie nur um ihr Geld.“ (Wahrcheinlich wird sich dieser Herr vor Gericht wegen Beleidigung zu verantworten haben.) Als das alles nicht fruchtete, meinten die Herren, die Kollegen dürften nicht denken, daß Neumarkt Graubenz wäre, so was gäbe es dort nicht. Als die Kollegen aber trotz aller Einschüchterung die Arbeit am 22. Juli niederlegten, war der Schreck groß. Der Bahnhof wurde durch Polizei und Gendarmen besetzt, um den Kollegen Wendenbush zu empfangen, der an dem Tage wiederzukommen sollte; aber ihr Warten war vergebens. Er flog zum Berge dieser Herren eine Station hinter Neumarkt aus. Dann suchte ein Gendarm in den Kollegen Wendenbush in Sauerden des Dorfes Konig, in denen Maurer wohnten, bei denen er W. vermuten konnte. Aber er fand nichts. Am Abend fuhr dann Kollege W. mit neun Kollegen von Neumarkt wohlbehalten nach Graubenz, wo diese Kollegen auch gleich Arbeit fanden. Die Unternehmer wußten anfänglich gar nicht, was ihnen passierte. Sie glaubten, die Arbeitsniederlegung wäre Spatz; die Kollegen würden schon zurückkehren, wenn sie Not haben würden. Als aber eine volle Woche vergangen war und keiner kam, mit Ausnahme von zwei Streikbrechern, die die Arbeit nicht niederlegten, kapitulierten dann am 30. Juli der erste Unternehmer und am 2. August der zweite. Da zwei nur am Orte sind, ist die Bewegung zu Gunsten der Kollegen entschieden. Die Kollegen forderten 43 % und zehn Stunden. Berechnet wurde für 1907—1908 40 % und elf Stunden, für 1908—1909 42 % und zehn Stunden, für 1909 bis 1. April 1910 44 % und zehn Stunden. Wahrscheinlich ein schöner Erfolg, wenn man bedenkt, daß vorher nur 34 bis 35 % im Frühjahr und Herbst 28 bis 30 % pro Stunde gezahlt wurden. Die Kollegen von Neumarkt haben aber auch eingesehen, daß es ihnen ohne die Organisation nicht möglich gewesen wäre, ihre Forderung durchzusetzen. Sie gelobten, für die Zukunft treu zur Organisation zu halten, allen Widerstrebenden zum Trotz. Beim Streiklostenstehen äußerte derselbe Gendarm Pauls, der den Kollegen Wendenbush für einen Betrüger hält, zu einem anderen Kollegen, daß er ihn über den Haufen schmeißen würde, wenn er ihn noch einmal auf dem Bahnhofe sehen sehe. Also für das Ausbleiben eines gefürchteten Nachbarn droht jener Herr dem Kollegen mit dem Niedererschlagen! Die Bedrohung von Neumarkt ist nun stramm dabei, gegen Kollegen Wendenbush Klage zu erheben wegen Abhaltungen von Versammlungen, die nicht politisch angemeldet sein sollen. Einige Kollegen wurden politisch vernommen und befragt, wo die Versammlungen abgehalten wurden. Sie konnten aber nur antworten, daß nirgend eine Versammlung stattgefunden habe. Nun ist man während in Neumarkt. Wie kann es auch möglich sein, daß es die Maurer wagen, gegen den Willen der Herren ihre wahrlich schlechte Lebenslage zu verbessern. Kollege Wendenbush sieht einer gerichtlichen Verfolgung getrost entgegen; sollte es dazu kommen, dürften wohl noch ganz andere Sachen aufgedeckt werden. Zum Schluß möge aber den Kollegen von Neumarkt gesagt sein: Jetzt heißt es, die Organisation weiter ausbauen und auf der beschrittenen Steigebahn für Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage weiter zu kämpfen.

Berg. Eine genaue Kontrolle über den Unternehmer Friedrich Berg macht sich sehr schwer, weil F. Berg jetzt die Bahnhofsbauteile in Ansbach, Langenau und Bippelne in Arbeit hat. Es ist aber festgestellt worden, daß auch Verbandskollegen an diesen Bauten beschäftigt sind. In Langenau arbeitet ein Verbandskollege von Altdamm, namens Franz Schönlein; in Bippelne arbeiten drei Verbands-

kollegen von der Baustelle Woldenberg, ihre Namen sind Otto Paul, Hugo Herrmann und Schielewein; in Wuhrow arbeiten sechs Gesellen und zwei Wurfgen. Auch diese sechs Maurer waren Mitglieder des Verbandes, doch jetzt erzählen sie die schönsten Märchen, wie sie von ihrem Zweigverein Woldenberg behandelt worden sind. Aber das ist ja die alte Methode, wenn man Streikbrecherdienste leistet, ist man vom Verband 'schlecht' behandelt worden. Aber der Zweigverein Woldenberg wird ja mit diesen Kollegen abrechnen, denn sie sind alle vom Amt Marienwalde. In Wuhrow und dem Umkreis davon wird die Sperre im ganzen aufrecht erhalten, denn da ruht Bergs Arbeit gänzlich, weil ihn die Wuhrower Maurer genau kennen und nicht für Schläge bei ihm arbeiten. Und nun bitten wir darum, die Mitglieder aus anderen Zweigvereinen mögen dies Geschäft meiden. Arbeit ist auch bei anderen Unternehmern für die im Bezirk genügend vorhanden.

Gau Nürnberg. In den letzten Wochen fanden in unserem Gau in fast allen Zweigvereinsgebieten eine oder mehrere Versammlungen statt, die sich in der Hauptsache mit den wirtschaftlichen Kämpfen der Zeit und mit den Extrabeiträgen befaßten. Wohl sind uns, nachdem der Verbandsvorstand die Extrabeiträge ausgeschrieben hatte, aus einer Anzahl Zweigvereine Mitteilungen zugegangen, die darauf schließen ließen, daß viele Kollegen die Extrabeiträge nicht bezahlen wollten. Wieder anderen waren diese Beiträge zu hoch oder aber die Zeit zur Leistung des Beitrages zu kurz u. dergl. mehr. Gegner des Extrabeitrages sind uns in zwei Zweigvereinen begegnet, was wohl ein Zeichen dafür ist, daß unsere Kollegen in Bayern nicht bloß die Vorteile des Verbandes genießen, sondern auch Opfer bringen wollen. Auf früheren Verbandstagen mußten wir uns oftmals, und zwar nicht mit Unrecht, sagen lassen: „Ihr Süddeutschen wollt halt nichts bezahlen.“ Daß dies heute nicht mehr zutrifft, beweisen die bisher abgehaltenen Versammlungen, aber auch in den noch folgenden liegt das Bild wohl nicht trüber werden. In diesen beiden Zweigvereinen war es nur je ein Kollege, der immer vom „Wir“ sprach, aber keinen Vinkung in der Versammlung fand. Zweifeln sind wir allerdings in mehreren Versammlungen begegnet, aber auch diese waren sich darin einig, daß der Extrabeitrag notwendig sei. Zwei Extrabeiträge sind bereits fällig gewesen, und soweit wir bisher die Dinge übersehen können, sind sie mit wenigen Ausnahmen bezahlt worden, und alle jene Kollegen, die noch nicht begonnen, werden nichts mehr zu versäumen haben, um schließlich ihre ermordeten Rechte im Verbandsamt zu verlieren. Von mehreren Zweigvereinen ist uns bereits bekannt geworden, daß verschiedene Kollegen den ganzen Beitrag in der ersten Woche mit einem Male bezahlt haben. Dazu werden wohl nicht viele Kollegen imstande sein, aber diese Art der Zahlung dürfte wohl bei solchen unserer Kollegen angebracht sein, wo die Frauen noch nicht das nötige Verständnis für die Arbeiterbewegung gewonnen haben. Mit mander Frau, aber auch mit manchem Kollegen, namentlich jenen, die weder Versammlungen besuchen, noch ihr Fackelwort lesen, hatten unsere Hilfskassierer eine Artade zu bestehen. Diesen Kollegen können aber die Bezirkskomitee und Baubezirksleiter ihr schweres Amt durch eine genaue Wiederkontrolle etwas erleichtern. Wohl sind uns von einzelnen Hilfskassierern Mitteilungen zugegangen, daß sich aus Kollegen, die jedes Jahr mehr an Unterstützung verschiedener Art bezogen, als ihre Beiträge bezogen; gewiebert haben sollen, die Extrabeiträge zu leisten; aber gerade diese werden es am schwersten empfinden, wenn sie mit den Extrabeiträgen im Rückstand bleiben sollten. Der Verband hätte aber wohl deshalb keinen finanziellen Nachteil. In Nürnberg haben einige Kollegen gedroht, wegen der Extrabeiträge den Lokalisten sich anschließen zu wollen, was aber doch alles in allem genommen nur sogenannte Stinkerkrankenheiten sind, die wir überwinden müssen und sehr leicht überwinden werden.

München. Am 23. Juli fand im Gewerkschaftshaus „Schillerpark“ eine öffentliche Maurerverammlung statt, die von circa 300 Kollegen besucht war und sich zur Tagesordnung. Die Ursachen und Wirkungen des Streiks und Kämpfungen und die Erhebung des Extrabeitrages gewählt hatte. Kollege Schürich erläuterte die Notwendigkeit dieses Extrabeitrages, indem er die Entwicklung der Arbeiterorganisationen seit ihrem Bestehen als auch die Organisationen der Unternehmer Revue passieren ließ und damit zeigte, daß immer getreu dem Grundsatz des Herrn Simon-Dreslau den Arbeiterorganisationen den Krieg bis aufs Messer zu erklären, gehandelt worden ist. An der Hand eines reichhaltigen Fotomaterials zeigte Kollege Schürich, wie durch die immer mehr zunehmenden Streiks und Kämpfungen, sowie durch die eingeführten Unterstellungen immer größere finanzielle Aufwendungen gemacht werden müssen. Da im Laufe der nächsten Jahre noch größere Kämpfe zu erwarten sind, die eine gute, reich gefüllte Kasse zur Grundlage haben müssen, ergibt sich die unumgängliche Notwendigkeit zur Erhebung des Extrabeitrages. Da auch die blauen Kollegen bei den verschiedenen Kämpfen die Sympathie der familiären deutschen Maurer auf ihrer Seite hatten, so nicht danach gefragt wurde, ob die hiesigen Maurer schon jenseit aufgebracht hätten, um die Kämpfe führen zu können, so mußten es sich die Kollegen zur vornehmsten Aufgabe machen, Mann für Mann den Extrabeitrag zu zahlen. Es möge sich deshalb kein Kollege durch den erhöhten Beitrag irre machen lassen, sondern der Organisation ihrer zur Seite stehen und dafür sorgen, daß auch der letzte Kollege den Extrabeitrag bezahlt. In der darauf folgenden Diskussion, an der sich eine Anzahl Kollegen beteiligte, sprachen familiäre Redner im Sinne des Referenten. Nachstehende Resolution wurde gegen drei Stimmen angenommen: „Die heute im Gewerkschaftshaus „Schillerpark“ tagende, von circa 300 Kollegen besuchte Versammlung erachtet es angeht, der immer schärfer werdenden Kämpfe als eine unabwendbare Notwendigkeit, dafür zu sorgen, daß die Organisation auch in Zukunft gut fundiert wird, und kann daher das Vorgehen des Verbandsvorstandes in der Frage des Extrabeitrages nur billigen. Die Versammlung erklärt, dahin wirken zu wollen, daß jeder einzelne Kollege den Extrabeitrag pünktlich bezahlt, weil wir nur dadurch in der Lage sind, auch in Zukunft für die wirtschaftliche Verbesserung der Maurer

zu kämpfen.“ Die hiesigen Maurer haben durch Annahme dieser Resolution gezeigt, daß sie das richtige Verständnis für die Anforderungen haben, die die Zeit an uns stellt. Mögen alle Kollegen diesen Beschluß hochhalten, dann werden wir zu jeder Zeit gerüstet dahesten. Nach mehreren keinen Ausdrücken fand die Versammlung ihre Ende.

Schwemingen. Der hiesige Zweigverein hielt Donnerstag, den 25. Juli, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die nur mittelmäßig besucht war. Als Referent war Kollege Stehle aus Eingen anwesend. Er referierte über den Ausbau der Organisation und das Vorgehen des Unternehmern, um unsere Organisation zu zersplittern, sowie über die vom Verbandsvorstand ausgeschriebenen Extrabeiträge. Seine Ausführungen wurden mit Begeisterung aufgenommen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute stattfindende Versammlung der Funktionäre des Zweigvereins Schwemingen, erklärt ihre volle Zustimmung zu dem vom Verbandsvorstand und den übrigen zuständigen Verbandsinstanzen ausgeschriebenen Extrabeitrag. Der Vorsitzende forderte alle Verbandsmitglieder auf, den Extrabeitrag pünktlich zu zahlen, um dadurch den um die Vertiefung der Arbeitszeit kämpfenden Berliner Kollegen ihre Sympathie auszudrücken. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.“

Spremberg. Sonntag, den 28. Juli, tagte hier eine Generalversammlung, in der die Förderung der Extrabeitrag erfolgte. Der Vorsitzende führte den Mitgliedern die Ausprägung des Streiks der Unternehmern vor Augen und betonte, daß wir zur Besserung der Stellung des Verbandes vollkommene Manöver herbeiführen müssen. Die Abstimmung ergab, daß sämtliche Stimmen eine Ausnahme für die Extrabeitrag waren. Unter „Bescheidens“ wurde es fast gerügt, daß sich hier Kollegen hätten dazu bereiten lassen, Arbeit auf eigene Hand anzunehmen und Arbeit nach 6 Uhr Abends bis zur Dunkelheit auszuführen. Es wurde beschlossen, der Vorstand sollte die Sache mit den Kollegen regeln. Im wiederholten Falle wurde Ausschluß erfolgen. Ferner wurde gerügt, daß in Weizen, wo die Kollegen meist auf der Baustelle übernachten, meist bis 7 Uhr gearbeitet wird. Der Kollege G. Elner soll nochmals aufgefodert werden, den Beschluß der Versammlung nachzukommen und gegen die Kollegen die Geheeren zu unterlassen, andernfalls der Ausschluß erfolgt.

Frankfurt. Die Adresse des Arbeitsnachweisführers ist Kaver Huber, Sternstr. 4.

Heßen. Der hiesige Zweigverein hielt Sonntag, den 4. August, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Extrabeitrag wurde, auch von den Kollegen für gut befunden. Es wurde den Kollegen zur Pflicht gemacht, die Steuer pünktlich zu bezahlen. Nur wurde dem Verbandsvorstand der Vorwurf gemacht, daß die letzten drei Klassen der Stäffeln in der Extrabeitrag mit den untersten Klassen nicht übereinkommen. Es wurde bemerkt, daß die letzte Beitragsklasse doch wohl, da es in ihr doch Tausende von Mitgliedern gibt, einen höheren Beitrag zahlen können. Wenn die Kollegen bei 40 3 Stundenlohn eine Extrabeitrag von 40 3 zahlen müssen, so kommt doch den Kollegen von der letzten Klasse eine Extrabeitrag von 80 3 zu. Unter diesen Umständen wird es dem Vorstand anheimgegeben, im Wiederholungsfall eine gleichmäßige Verteilung der Lasten auf die Kollegen vorzunehmen. Wir sind nicht der Meinung, daß die niedrigen Klassen für das Groß aufkommen sollen, obwohl wir alle gerügt sind, für das Allgemeinwohl einzutreten. Sodann wurde beschlossen, einige Hilfskassierer zu wählen, um den Kollegen die Zahlung der Extrabeitrag und des Beitrages zu erleichtern. Außerdem wurde noch beschlossen, unser diesjähriges Sommerfest Sonntag, den 18. August, in den „Drei Linden“ abzuhalten. Zum Schluß ermächtigte der Vorsitzende die Kollegen, besser für die politische Organisation einzutreten.

Borghoff i. W. Sonntag, den 28. Juli, tagte im Lokale des Herrn Arning in Burgheinfurt unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, in welcher auch der Gauvorsitzende, Kollege Kahl, anwesend war. Er hielt ein kurzes Referat über die gegenwärtigen Kämpfe und über die uns im nächsten Frühjahr bevorstehenden Ausprägungen, sowie über die Erhebung des Extrabeitrages. Hierauf wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Kahl einverstanden und beschließt, dafür zu sorgen, daß der Beitrag von allen Mitgliedern pünktlich gezahlt wird, damit wir zu jeder Zeit gerüstet vorgehen können.“ Die Forderung, die von den Burgheinfurter Kollegen an den Unternehmer gestellt wurde, ist, weil den organisierten Kollegen eine weit größere Zahl unorganisierter Italiener gegenübersteht, als undurchführbar zurückgestellt worden. In „Verschiedenes“ wurde dann das unolidarische Verhalten des Kollegen Mangmann scharf gerügt und beschlossen, ihn zur nächsten Versammlung persönlich zwecks gegenseitiger Aussprache einzuladen.

Wurzen. Am 25. Juli fand im Restaurant „Schützenhaus“ eine von 100 Kollegen besuchte öffentliche Maurerverammlung statt. Kollege Hofmann referierte über den vom Verbandsvorstand beschlossenen Extrabeitrag. Zum zweiten Punkt, Stellungnahme zu einem Unterrichtsstunde, hielt Kollege Kieck eine lehrreichen Vortrag. Nach diesem beschloß man: Die Maurerverammlung ist mit der Einführung eines Unterrichtsstundes einverstanden, jedoch ist der Beitrag für das Gewerkschaftsstatut nicht zu erhöhen, vielmehr sind die Mehrkosten durch Umlageverfahren zu decken. Zur Wahl des Vertrauensmannes entspann sich eine lebhafte Debatte, wobei folgende Resolution angenommen wurde: Die Versammlung verurteilt das Verhalten des Kollegen Schneider gegen den Kollegen Hofmann und spricht letzterem für die Leitung des Verbandes die größte Anerkennung aus. Die Versammlung wünscht, daß Kollege Schneider die falschen Anschuldigungen unterläßt, sie selbst sich sonst veranlaßt, den Ausschluß desselben aus dem Verbands vorzunehmen. Hierauf verpflichtete sich Kollege Hofmann, das Amt als Vertrauensmann weiterzuführen. Derselben wurde für seine Tätigkeit als Vertrauensmann jährlich 100 bewilligt. Zum Schluß verlas Kollege Hofmann die Abrechnung vom zweiten Quartal.

Zusland.

Italien. Der italienische Bauarbeiterverband warnt vor Bezug nach Turin, wo gegenwärtig gestreikt wird. Die Unternehmer suchen durch Verbreitung falscher Meldungen die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Am dem Streik sind die Maurer, Zimmerer, Schauer, Zementierer und Hilfsarbeiter beteiligt.

Zur zweiten internationalen Maurerkonferenz.

An der ersten Konferenz dieser Art (Berlin 1906) nahmen die Vertreter von neun Organisationen teil, ausser Deutschland waren damals Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Schweiz, Italien, Ungarn und Oesterreich vertreten. Zu diesen Ländern wird diesmal noch Russisch-Polen hinzukommen. Das ist jedoch nicht die einzige Erweiterung, die der Kreis der Teilnehmer erfährt, es werden sich diesmal auch die Bauhilfsarbeitervorstände von Deutschland und Oesterreich beteiligen. Bei der engen Interessensolidarität, die zwischen Maurern und Bauhilfsarbeitern besteht, ist die Teilnahme der letzteren durchaus zweckmässig und darum erwünscht. Es lässt sich heute noch nicht sagen, ob nicht noch Organisationen anderer Länder vertreten sein werden. Soweit sich unter den Delegierten zum internationalen Kongress Maurer oder Bauhilfsarbeiter befinden, ist auch deren Teilnahme an der Konferenz jedenfalls wahrscheinlich.

Von den Organisationen, die 1903 in Berlin vertreten waren, ist eine ausgeschieden: der „Niederländische Metseleersbond“, an seine Stelle ist der Zentralverband der holländischen Maurer und Bauarbeiter getreten, eine neue Organisation, deren Vorsitzender bereits auf unserem Kölner Verbandstage anwesend war. Der „Metseleersbond“ beschwert sich in einem gedruckten Zirkular darüber, dass er bei der Einladung zur Konferenz übergangen worden ist, wie auch noch über manches andere. Der Vorstand unseres Verbandes stellte sich auf den Standpunkt, dass von der Teilnahme dieser Organisation an der Konferenz keine Förderung des internationalen Zusammenwirkens zu erwarten ist. Der „Metseleersbond“ ist heute, nach mehr als zehnjährigem Bestehen, noch ebenso klein und bedeutungslos, wie zur Zeit der ersten Konferenz. Nach seiner eigenen Angabe zählt er heute 600 Mitglieder. Der Grund dieser Stagnation ist nur zum Teil in der für die gewerkschaftliche Organisation besonders schlechten Verhältnisse in Holland zu erblicken, mehr ist sie dem Anarchismus zuzuschreiben, der die alten Organisationen in Holland zersetzt und dem sich auch der Vorstand des „Metseleersbond“ mit Haut und Haaren verschrieben hat. Die anarchischen Theorien sind nach unserem Ermessen der gewerkschaftlichen Organisation höchst gefährlich, und die rückläufige Entwicklung des „Metseleersbond“ beweist die Richtigkeit unserer Auffassung. Wir verstehen und billigen es, dass sich in der holländischen Arbeiterschaft eine scharfe Abwehrbewegung gegen die anarchischen Organisationsverrichtung entfaltete, hat der auch der Zentralverband der holländischen Maurer und Bauhilfsarbeiter seinen Ursprung verdankt. In dieser Organisation erblicken wir ein entwicklungsfähiges Gebilde, dass sowohl seinen nationalen wie seinen internationalen Aufgaben gewachsen sein wird. Das war der Grund dafür, dass der Vorstand unseres Verbandes den Zentralverband einlud und zugleich auf eine Teilnahme des „Metseleersbond“ verzichtete. In dem schon erwähnten Zirkular des „Metseleersbond“ stellt dessen Vorstand sein Erscheinen zur Konferenz trotzdem in Aussicht; möge er kommen, es wird ihm dann begreiflich gemacht werden, dass es auch die anderen Organisationen ablehnen, sich mit seiner anarchischen Gewerkschaftsspielerlei zu bemengen.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 28. Juli bis 3. August sind folgende Beiträge eingegangen: Von den brüderlichen Verwaltungen in Hamburg A. 500, Altenburg a. Sa. 437,03, Wilhelmshagen 350, Bismarck 300, Bremen 187,74, Jelfen 150, Wismar 150, Soden 100, Hamm i. Westf. 100, Groß-Wartenberg 100, Wehlar 70, Frankfurt 55, Altenbrunn 50. Summa M. 2579,77.

Zuflüsse erhielten: Hann.-Münden A. 200, Schweisweiler 200, Dessau 100, Karlsruhe i. Baden 100, Barmsee 100, Wittenberg 100, Niederbrehm 70. Summa M. 870.

Altona, den 3. August 1907.

Karl Reich, Kampfkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Anfällen, Baueinführungen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauern schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

So u. m. Am Bau des Unternehmerns stößt in Ehrenfeld ereignete sich am 1. August schon wieder ein Unfall. Diesmal traf er den Polier Bauming selbst. Vor einigen Wochen wurde den beiden Baubezirksleitern durch B. gesündigt, weil sie die zu hohe Lohnzahlung moniert hatten. Durch die Einmütigkeit der Arbeiter mußte diese Kündigung rückgängig gemacht werden. Ueber die von uns veranlaßten Revisionen der Lohnbestehende war bei Polier immer recht ungesagt. Jetzt passiert ihm selbst das Unglück, infolge der mangelhaften Sachverständigkeiten verurteilt zu werden. Die Zimmerleute waren mit dem Aufsicht der Dachstuhlung beschäftigt. Der Polier B. trat aus dem

Bau heraus, und hierbei traf ihn ein herabfallender Stein auf die Hand. Ein Glitz war es, daß der Biegelstein erst auf die Kelter aufschlug, sonst wäre der Unfall viel schlimmer ausgefallen. Ein Schutzhelm war natürlich nicht vorhanden. Es wurde erst angefragt, nachdem B. den Unfall erlitten hatte. Wir haben schon mehrfach die Wünsche dieser Bauen im Hinblick auf die Sicherheit, besser ist es bisher nicht geworden. Wir fragen: Wieviel Menschenleben sollen an diesen Bauten noch zu Grunde gerichtet werden, bis die Vorschriften befolgt werden?

Wochum. Ein betrübender Unfall ereignete sich am 27. Juli am Schulneubau an der Grotztopfstraße (Unternehmer Gottfried Bauer). Der Maurer Anton Schönm war mit noch einem Kollegen an der Vorderfront mit Bogenböden beschäftigt. Hierbei mußte er sich wohl etwas zu weit hinübergelehnt haben, denn er stürzte mit dem Bogen nach innen herunter, mit dem Kopf auf einem Kräger aufschlagend, in den Keller hinab. Sein Nebenarbeiter kam unterdessen mit dem Schreden davon. Eine ganze Stunde währte es, ehe der Krankenwagen der Stadt zur Stelle war. Die Besuche konstanten; an die sich ein Polizeibeamter gemeldet hatte, legte es ab, ihn in einen Krankenwagen zur Verfügung zu stellen. Schwer verletzt wurde B. nach dem krankenhaus. Krankenhaus gebracht, wo er nach einigen Stunden gestorben ist, ohne die Bewußtlosigkeit wiedererlangt zu haben. Der Keller war natürlich wieder nicht abgedeckt. Die Besuche, die jede Mitwirkung der Arbeiter an der Baustellenkontrolle ablehnt, ist für den Unfall mit verantwortlich zu machen.

Mit Anton Schönm ist ein Kollege gestorben, der vielen von uns bekannt sein wird. Das Wochumer Arbeiterblatt schreibt über ihn:

„In Wromberg war er im Jahre 1899 der Gründer und Leiter der dortigen Bauerebewegung. Von den Unternehmern geholt und verfolgt, weil im Osten durch seine Mitwirkung das „patriarchalische“ Arbeitsverhältnis zerstört wurde, siedelte er im Jahre 1904 nach Wochum über. Hier war er besonders als Mitglied der Bauerebewegung (Hilfskommission) tätig. Oft hat er nicht Wege noch Mühe gescheut, um der Sache zu dienen. Auf seine Veranlassung hin wurde ein Samarkiterkursus arrangiert. Von der Aussperrung im Jahre 1905 ist er den Bauarbeitern unter dem Namen „Friedensbote“ bekannt. Er unterzeichnete, ohne seine Kollegen zu fragen, mit Anton Weise ein vom Unternehmer bisher angelegentliches Schreiben an Dr. Wiedefeld in Essen, in dem dieser um seine Vermittlung zur Beilegung der Aussperrung gebeten wurde. Die Verhandlungen haben daraufhin stattgefunden, und der heute für das ganze rheinisch-westfälische Industriegebiet bestehende Vertrag wurde zu Stande gebracht. Im Jahre 1906 trat er aus dem Zentralverband der Maurer aus; seine etwas stark hervortretende Eigenart hatte ihn mit den Kollegen entzweit. Er schloß sich den Lokalfürsten an. Stets stellte er jedoch seine Kraft der Partei und der Gewerkschaft zur Verfügung. Schwer vom Sorgen und Kummer gedrückt, hatte seine zahlreiche Familie zu leiden gehabt. Die Not, die Entbehrung, das Elend sind ständige Gäste bei ihm gewesen. Trotz alledem hielt er den Kopf hoch und arbeitete mit an dem Werk zur Befreiung der Arbeiterklasse, dem Sozialismus. Im besten Mannesalter — 45 Jahre alt — wurde er dahingerafft. Eine Frau mit sechs Kindern betrauert ihren Ernährer. Die Wochumer Arbeiter werden sein Andenken stets in Ehren halten.“

Auch wir werden es tun, wie alle, die ihn gekannt haben.

Vorhofs. 1. B. Hier ereignete sich am 29. Juli ein Unfall, der leicht mehrere blühende Menschenleben gekostet hätte. Eine Firma Möllering in Jburg (Hannover) führt hier zur Zeit zwei Mäminbauten auf. Als nun am genannten Tage zwei Maurer in einer Höhe von 40 m arbeiteten, wurde ein Eimer mit Mörtel (das Material wird per Dampf hoch befördert) unter den oben angegebenen Dreifach gewunden, worauf dieser die Mäminwand nach außen drückte, alles mit sich nach unten reißend. Es ist als ein Wunder zu bezeichnen, daß diese Leute mit dem Leben davon gekommen sind. Außer leichten Arm- und Kopfverletzungen sind schwerere Verletzungen nicht vorgekommen. Es ist dies schon das zweite Mal, daß an diesem Mämin ein Unfall passiert. Diese Baustelle steht auch eher einer Mäminbaustelle als einer Baustelle ähnlich; für die einige Hundert Arbeiter, die tagtäglich direkt an diesem Bau vorbei müssen, sind nicht die geringsten Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Die Arbeit wird von unwürdigen Maurern in Alford bei einer zwölfstündigen Arbeitszeit ausgeführt, obwohl hier die zehnminütige tarifliche Pausenzeit ist.

Wromberg. Montag, den 29. Juli, Vormittags 11½ Uhr, führte bei dem Aufbau des Gerüsts an der katholischen Kirche auf dem Friedrichsplatz, Unternehmer G. Weiß, ein Teil des Gerüsts ein. Hierbei wurde ein Bauhilfsarbeiter aus einer Höhe von circa 11 m in die Tiefe gerissen. Der Verunglückte trug eine schwere Verletzung des Halses davon. Ein anderer Bauhilfsarbeiter konnte sich noch rechtzeitig an einem Tau festhalten, so daß er nicht mit abstürzte. Durch Fahrlässigkeit des Holzers Franz Poppe ist der Einsturz herbeigeführt; beim Aufsteigen einer Gerüststange fand B. und ein Kollege auf dem Dach des nebenstehenden Gebäudes, zwei unerfahrene Bauhilfsarbeiter auf dem Gerüst. Beim Einschleppen der Gerüststange sah sie das Gerüst, so daß es ins Schwanken kam, doch wurden, obwohl die Arbeiter riefen: „Das Gerüst geht ab“, keine Maßnahmen zur Abwehr der Gefahr getroffen. — Ein Baumfall, der, unabsehbare Folgen hätte haben können, wurde Dienstag, den 30. Juli, durch Vorkehr der am Bau beschäftigten Arbeiter glücklicherweise verhindert. In Jagerhof bei Wromberg errichtet der Bauunternehmer Robert Wölfe ein zwei Stock hohes Wohnhaus, das bis zum Richten fertig war. Es zeigte sich vorher schon Mängel. Der eine freistehende Giebel senkte sich, und immer größer wurden die Risse in dem dem Giebel zunächstliegenden Fensterbogen. Es wurden sofort Maßregeln getroffen, um den Einsturz zu verhindern. Der schadhafte Teil des Baues wurde abgerissen und wieder neu aufgebaut. Die Ursache des Einsturzes war eine schlechte Stelle im Grund, die leichtsinnigerweise übersehen worden war.

Cunnersdorf. Ein schwerer Bauunglück ereignete sich Montag, den 29. Juli, Nachmittags 4½ Uhr, am Hinter-

haus des Herrn Kaufmann Bettauer in der Schildauerstraße. Am letzten Stochwerk sollten Reparaturen von dem Firmenchef B. Le Lande & Schmidt und Bauleitern Hermann ausgeführt werden. Da nun die Arbeiten nicht viel kosten sollten, wurde ein sogenanntes Schwebegerüst aufgebaut. Als nun der Maurer Ernst Schönm, Ernst Friedrich und der Klempner Ernst Kohnig das Gerüst betraten, um die Arbeiten auszuführen, brach das mittlere Rüstholz, und infolgedessen stürzten die drei Arbeiter aus einer Höhe von 18 m in die Tiefe auf den gepflasterten Hof. Schönm und Kohnig, die beide offenbar sehr schwer verletzt waren, blieben betunungslos liegen. Die Untersuchung hat ergeben, daß Schönm zwei Nippenbrüche erlitt, Kohnig zwei Nippenbrüche, zwei Schlüsselbrüche und einen rechten Oberarmbruch. Friedrich hat zwar keine Knochenbrüche erlitten, aber er wird auf lange Zeit arbeitsunfähig sein. Ein Hind. ist es, daß der Bauarbeiter und der Klempnerleistung weggelassen waren, um Gänge zu besorgen, sonst wäre das Unglück noch viel schrecklicher gewesen. Die Mithilger wurden von einem Neubau auf der Promenade geholt, um die Baubarbeit hat sich aber weder Meister noch Techniker noch Kollege gekümmert.

Grünberg. Sch. Am 30. Juli früh, kurz nach 7 Uhr, ereignete sich auf dem Neubau „Mühlchen 4“ ein betrübender Unfall. Beim Eingehen einer Kleinfischen Decke gab ein Vorbogen nach und die auf den Trägern befindlichen Maurer stürzten samt den Trägern, Mörtel und Mauersteinen circa 3 m hinab, wobei fünf Kollegen und der Zimmerpolier teilweise erhebliche Verletzungen erlitten. Verlässliche Hilfe wurde ihnen gleich zu teil. Wer die Schuld an diesem Unfall trägt, muß erst die eingeholte Untersuchung erweisen.

Gagen. Mittwoch, den 31. Juli, ereignete sich auf dem Neubau des Unternehmers Widmeyer in der Pöschstraße ein Unfall. Die zum Materialaufbewahren in der vierten Etage aufgestellte Maschine war derartig schlecht beschaffen, daß sie herabstürzte und einen italienischen Kollegen so schwer verletzte, daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Gaburg. Ein entsetzliches Bauunglück ereignete sich Donnerstag Morgen am Saubenden 11. Dort werden die Werkschiffen gewannen gebaut. Der Bau wird von dem Bauunternehmer Prien geleitet. Das etwa 10 m hohe Gebäude besteht aus Holzwerk. Als nun gegen 8 Uhr eine Anzahl Zimmerleute mit dem Aufsteigen eines großen, schweren Balkens beschäftigt war, bevor der Balken durch den starken Wind die Balance und schlag voller Wind gegen das Fachwerk der westlichen Seite des Baues, wodurch die ganze Front einstürzte. Das an der Seite befindliche Gerüst, auf dem zehn Zimmerleute beschäftigt waren, ging in Trümmer, stürzte mit sämtlichen darauf Beschäftigten in die Tiefe und begab alle Beschäftigten. Zehn Mann sind verunglückt. Einige erlitten so schwere Verletzungen, daß an ihrem Wiederaufkommen gewagt wird. Einem Verunglückten brach die Wirbelsäule, einer brach beide Arme und ein Bein. Einem anderen wurde ein Bein zerstoßen. Verschiedene erlitten Verletzungen am Kopf, an der Brust usw. Eine Anzahl Verletzte wurde sofort telephonisch zu Hilfe gerufen. Drei Verletzte erlitten der Entlassung wegen zweimaligen, um die Verunglückten ins nächste Krankenhaus zu befördern. Die Ursache des Unfalles soll darauf zurückzuführen sein, daß das Fachwerk nicht ordentlich verankert war, und der herrschende Sturm soll bei dem Unfall mit dazu beigetragen haben. Ein bei dem Bau angestellter Arbeiter soll sofort von dem Unternehmer Prien suspendiert worden sein.

W. u. u. u. Am 30. des „Grundstein“ mußten wir von einem Bauunfall berichten, und noch schwerer ereignete sich am 29. Juli am Wohnhausneubau des Kaufmanns Andreas Mölling, Ecke der Mölling- und Wochumstraße. Beim Aufsteigen einer circa 30 Zentner schweren Gerüststange riss das Gerüst, infolgedessen handelte es sich um einen Mann, der aus einer Höhe von 18 m in die Tiefe fiel. Er wurde von dem Stein getroffen und schwer dabei um den Kopf auf einen am Boden liegenden Holzbohlen. Der Hinterkopf wurde ihm förmlich eingedrückt. Die Gerüststange wurde mit herabfallenden Kollegen hingeworfen. Der Tod trat sofort ein. Mittels Fußbaue wurde der Leiche sofort in Ordnung, aber das Gerüst für eine derartige Last verwendet werden durfte und oberner den Verunglückten entsprechenden Ausmaßes zur Verfügung gestellt waren, wird die gerichtliche Untersuchung ergeben. Kurz nach dem Unfall schickte der königliche Staatsanwalt zur Einleitung der Untersuchung und nahm die Dringlichkeit des Falles in Rücksicht. Anton Franz war verantwortlicher Bauleiter und wird als inkompetent, fahrlässig und gewissenlos harte Mann geschätzt.

W. u. u. u. Freitag, den 26. Juli, führte der Kollege Josef Schmidt von einem Ausbruch eines Neubaus in der Gutenbergstraße durchs Fenster des dritten Stockwerks in die Tiefe. Der Kollege soll einen heißen Kasten allein haben weitergehen wollen; wahrscheinlich lag ein Nagel nach, so daß durch den ankommenden Wind der Kollege das Gleichgewicht verlor und durchs Fenster in die Tiefe fiel. Er erlitt schwere Verletzungen und einen Bruch des linken Fußgelenks; an seinem Auskommen wird gezweifelt. Schuld an dem Unfall war das Fehlen von Fenstergewichten; erst nach dem Unfall sind an sämtlichen Bauten solche angebracht worden.

Bautenkontrolle. An 15. d. d. wurden Samstag, den 20. Juli, die Bauten kontrolliert. Es wurden 18 Bauten besichtigt. Gerichtet waren davon sieben. Bis zur dritten Bauzeit resp. richtigerweise waren drei. Einer war bis zur zweiten Bauzeit gegeben und einer befand sich noch im Fundament. Auf einem Bau waren die Wände nicht abgedeckt, während auf den übrigen in Frage kommenden Bauten die Abdeckung viel zu wünschenswert lag. Die Gerüste für die Maurer waren in ganzen gut. Ein Außengerüst für die Arbeiter war ohne Schutzhelm, und fehlten die nötigen Verankerungen. Für Klempner war überhaupt kein Gerüst vorhanden, Baububen waren auf jedem Bau vorhanden, zwei davon wurden zum Aufbewahren von Material mit benutzt. Aborte waren auch überall anzutreffen. Allerdings waren einige darunter in sehr schlechtem Zustand. Unfallverhütungsvorrichtungen fehlten auf zwei Bauten. Die Belüftung liefen fast auf allen Bauten zu wünschen übrig. Verbandsböden wurden im ganzen drei vorgefunden.

Baugenossenschaftliches. Der Verband der auf der Grundlage des gemeinschaftlichen Eigentums stehenden

deutschen Baugenossenschaften (Vor. Prof. Albrecht) hielt am 1. und 2. Juni im Bürgerhalle des Berliner Rathauses seinen XI. Verbandstag ab und beging damit gleichzeitig die Feier seines zehnjährigen Bestehens. Der Verband umfasst zur Zeit 127 Genossenschaften mit 64 000 Mitgliedern; diese 127 Genossenschaften haben bereits über 14 000 Wohnungen mit einem Bauvolumen von über 80 Millionen Watt fertiggestellt. Der Verband, dem vom Bundesrat das Recht der Revision der ihm angehörenden Genossenschaften verliehen ist, hat durch Ausarbeitung eines Musterstatuts sowie von Geschäftsordnungen, ferner von Musterformularen für die Buchführung von Baugenossenschaften und anderes Einrichtungen getroffen, die in vieler Beziehung vorbildlich geworden sind. Seine Verhandlungen boten für die Öffentlichkeit kein weiteres Interesse.

Wohnungsnot. Eine unerwartliche Wohnungsnot herrscht seit einigen Monaten in den Städten Nürnberg, Regensburg und München. Hauptächlich in Nürnberg steigt sich das Elend in einem geradezu bedauerlichen Grade. Die Mieten haben in den letzten zwei Jahren sorgfältigste soziale Steigerungen erfahren, Familien mit Kindern können nur schwer eine Wohnung erhalten; beständig wächst die Zahl der Familien, die überhaupt keine Wohnung finden können und in den ungläubigsten Quartieren Unterschlupf suchen müssen. Mehrere Familien ziehen in eine ohnehin nicht ausreichende Wohnung zusammen, viele kranke Familien bewohnen ein einziges kleines Zimmer; zur Unterhaltung von Menschen müssen Dachböden, Kellergänge, Scheunen, ausgerichtete Möbelwagen, verlassene Ställe u. dergl. dienen. Eine Familie wohnt tagelang in einem Hühnerstall, bis sie von der Polizei vertrieben wurde, die diese „Wohnung“ nicht „entsprechend“ fand; eine andere hatte auf einer Wiese an der Kirchstraße regelrecht ein Bett aufgeschlagen und sich darin häuslich eingerichtet; andere kampierten auf freier Straße. Eine Witwe mit mehreren Kindern hatte sich unter dem Schutze einer Fede niedergelassen usw. Derartige Fälle könnte man zu Hunderten anführen. Die städtischen Armenwohnungen und das Hof für Obdachlose sind total überfüllt, da sie von Leuten in Anspruch genommen werden müssen, die nicht unterkunftungsbedürftig, sondern nur nicht in der Lage sind, eine Wohnung zu finden. In Nürnberg ist die durch die Wohnungsnot geschaffenen Zustände seit Wochen Gegenstand erster Erwörterung in den gemeindlichen Körperschaften. Der Magistrat hat beschlossen, der Wohnungsnot wenigstens dadurch entgegenzuwirken, daß die Stadt für ihre Arbeiter Wohnhäuser baue, aber das Gemeinderatskollegium hat diesem Vorschlag seine Zustimmung verweigert, weil die Freimittigen, Liberalen und auch der größte Teil der demokratischen Stadtpartei darin ein sozialistisches Experiment erblickten. Die Presse dieser Parteien lief wütend Sturm gegen diesen zaghaften Versuch, die Wohnungsnot etwas zu mildern, so daß der Bürgermeister außer in offenkundiger Magistratsführung sich gedrungen sah, klagen auszurufen, daß alle Weltkreise, die nach Arbeiterfreundlichkeit ausseh, von einem nicht zu kleinen Teil der Bürgerchaft als sozialistisch beschrien, ja sogar mit Haß verfolgt werden. In Nürnberg hat die freimittig-liberale Stadterwaltung, von diesen Zuständen überhaupt noch keine Notiz genommen, obwohl sie ihr schon längst bekannt sind. Sie glaubt ihre Pflicht getan zu haben, wenn sie Zuschüsse zu der Wohnungsmieten anbietet, die aber den Obdachlosen nichts nützen, wenn sie keine Wohnung haben, und sie außerdem auch noch um ihre staatsbürgerlichen Rechte bringen. Eine große Volksversammlung hat sich nun am Mittwoch mit der Wohnungsnot und der Untätigkeit der Stadterwaltung beschäftigt und gegen das Verhalten der Stadtkörperchaft protestiert. Ferner wurde beschlossen, an den Magistrat eine Eingabe zu richten, in der dieser ersucht wird, für die bereits obdachlosen Familien unentgeltlich Wohnungsgelegenheit, allenfalls durch den Bau von Baracken, zu schaffen, für die im Gemeindefiskus stehenden Arbeiter und Bediensteten mit einem Einkommen von weniger als 2 000 Wohnungen zu erbauen und, soweit diese von städtischen Arbeitern und Bediensteten nicht beengt werden, auch an andere Mieter abzugeben. Weiter wird verlangt, daß an Bauunternehmer, die sich zur Herstellung gesunder, einwandfreier Wohnungen für die Arbeiter verpflichten, gemeindlicher Grund und Boden zum Selbstkostenpreise zur Verfügung gestellt wird. Soweit dies nicht geschehen kann, sollen solchen Bauunternehmern, die in unerschlossenen Baugeländen derartige Wohnungen bauen wollen, die Kosten für Straßenherstellung, Wasserzuführung, Gasleitung usw. erlassen und für entsprechende Verkehrsverbindungen durch Ausbesserung der Straßenbahn geordert werden. Endlich wird ersucht, soweit noch Baugrund in der Nähe von Nürnberg zu angemessenen Preisen erworben werden kann, Grundstücke in größerem Umfang zu bewerkstelligen, um gegebenenfalls Grund und Boden preiswürdig an Unternehmer und Baugenossenschaften abzugeben und dadurch den Preistreibern der Zermittlungs- und Spekulationsgesellschaften entgegenzuwirken.

Endlich hat sich auch der Stadtmagistrat in Nürnberg angesichts der geradezu haarsträubenden Zustände, die durch die Wohnungsnot heraufbeschworen worden sind, gedrungen gesehen, zu der Frage Stellung zu nehmen. Wie er das tat, das entspricht ganz dem vorfindlichen sozialen Standpunkt, den diese freimittig-liberale Stadterverwaltung von jeher eingenommen und der ihr den Namen „sozialpolitische Kamerun“ eingetragen hat. Sie will nämlich die Wohnungsnot durch — Vermehrung der Armenwohnungen aus der Welt schaffen. Einige städtische Häuser und die alte Fronveste, die aufgelassen ist und in den Besitz der Stadt übergeht, sollen zur Armenwohnungen eingerichtet werden. Die Arbeiter, die durch die Wohnungsnot obdachlos geworden sind, sollen mit Gewalt zu Almojenempfängern gestempelt und ihres Wahrechtes beraubt werden. Zu wirklichen wohnungswirtschaftlichen Maßnahmen, wie sie schon längst von vielen anderen Städten in die Wege geleitet wurden, kann man sich nicht entschließen, um die Hausgüter und Bodenpekulationen nicht aufzuregen.

Verschiedenes.

* Das Ende des Jahres ist gekommen. Durch eine Bekanntmachung des Bundesrats werden die Einkünfte

stärke deutschen Gepräges vom 1. Oktober 1907 ab außer Kurs gesetzt. Sie gelten dann nicht mehr als gesetzlich Zahlungsmittel. Es ist von diesem Zeitpunkt ab außer dem mit der Einführung beauftragten Kassens niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen. Die Kaiser werden bis zum 30. September 1908 bei den Reichs- und Landesbanken in Zahlung als auch zur Umwechslung angenommen. Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch (§ 2) findet auf durchlöcherige und anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewichte verringerte sowie auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung. Diese Verfügung müssen sich insbesondere auch die Arbeiter merken. Erfahrung lehrt, daß man nicht selten die Zahlung ihres Lohnes so lange wie möglich in außer Kurs gesetzten Münzen leistet, so daß sie sich dann der Mühe der Umwechslung unterziehen müssen. So war es z. B. in Süddeutschland Anfangs der 70er Jahre, als die Gulden außer Kurs gesetzt wurden.

Ans. anderen Berufs.

Der Zentralverein für alle in der Gut- und Holzwarenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt vom 3. bis 7. Juli seine Generalversammlung in Guben ab. Anwesend waren 48 Delegierte. Nach dem Vorstandsbericht ist die Mitgliederzahl auf 6808 gestiegen, ein Zuwachs von 66 pSt. 48 pSt. der Zahl der Eingetragenen hat dem Verband jedoch wieder den Rücken gekehrt. Der Berichterstatter führte dies darauf zurück, daß die Unterstellungen nicht obligatorisch sind. Mit 43 gegen 5 Stimmen erklärten die Delegierten sich im Prinzip für die Erwerbslosenunterstützung, für die obligatorische Einführung wurden 26 Stimmen abgegeben, dagegen 22. Damit war der Antrag abgelehnt, weil die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. In großen Mitgliedschaften sollen besondere Geschäftsführer angestellt werden. Das Anfangsgehalt für Verbandsbeamte soll M. 1800 betragen und jährlich um M. 100 bis auf M. 2500 steigen. Das Gehalt des ersten Vorstehers soll in derselben Weise bis M. 2800 steigen. Der Beitrag wurde in allen drei Klassen um 5 pSt. erhöht, so daß er jetzt 50, 35- und 20 pSt. beträgt. Für die Mitglieder der ersten beiden Klassen bleiben die Unterstellungssätze die alten. Die Mitglieder der dritten Klasse, die in Fabriken arbeiten, wo nur während der Saison Arbeit vorhanden ist, erhalten nach Saisonabschluß für zwei Wochen Arbeitslosenunterstützung; die übrigen drei Wochen können als Krankenunterstützung bezogen werden. Die Umzugsunterstützung schwankt entsprechend der Zahl der Kilometer (15 bis mehr als 800), zwischen M. 25 und M. 75. Mehr als die tatsächlich entstandenen Kosten wird nicht ausbezahlt, auch wenn die ganze Familie des Umgezogenen aus Mitgliedern besteht. Die Streikunterstützung beträgt für männliche Mitglieder M. 14 (früher M. 12), für weibliche M. 7 (früher M. 6), jedoch darf sie M. 21 nicht übersteigen. Die Gemeingegensunterstützung beträgt M. 15 und für jedes schulpflichtige Kind M. 1. Jeder der Arbeiter wurde folgendes beschlossene im Vertrieben, wo fünf Schicht der Beschäftigten im Verein organisiert sind und mindestens drei Viertel der Mitglieder in geheimer Abstimmung für Arbeitsruhe am 1. Mai entscheiden, haben diese Mitglieder, falls Differenzen entstehen, Anspruch auf Unterstützung. Für die ersten sechs Arbeitstage der Aussperrung wird keine Unterstützung gewährt. Forderungen dürfen im Falle einer Weltaussperrung nur mit Zustimmung des Vereinsvorstandes gestellt werden.

Eingegangene Schriften.

Von Ed. Bernheims „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“, die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheint, ist schon die 8. Lieferung zur Ausgabe gelangt. Der bis jetzt veröffentlichte 1. Band behandelt die Zeit von der 48er Revolution bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes, also einen der interessantesten und lehrreichsten Abschnitte der Arbeiterbewegung. Der erste Band erscheint in 17 Lieferungen à 30 pSt. und können dieselben durch jede Buchhandlung bezogen werden.

Briefkasten.

Hamburg, D. R. Der § 984 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt: Wird eine Sache, die solange verborgen gelegen hat, daß der Eigentümer nicht mehr zu ermitteln ist (Schab), entdeckt und infolge der Entdeckung in Besitz genommen, so wird das Eigentum zur Hälfte dem Entdecker, zur Hälfte dem dem Eigentümer der Sache erworben, in welcher der Schab verborgen war. Entdeckt also jemand in seinem eigenen Grundstück einen Schab, so darf er ihn getrost als sein alleiniges Eigentum in Besitz nehmen. Die Hauptsache dabei ist: Die Sache (Geld) muß als eine verborgene entdeckt sein und die Art und Weise ihrer Verbergung muß dafür sprechen, daß dieser Zustand solange gebauert hat, daß jede Hoffnung auf die Ermittlung des Eigentümers als vergeblich erscheint. Findet jemand unter anderen Umständen an seinem Grundstück eine Sache (Geld), so hat er nur Anspruch auf Finderlohn.

Großhau. Versammlungsanzeige kam um einen vollen Tag zu spät.

Neubrandenburg. Die Versammlungsanzeige kam um einen vollen Tag zu spät.

Danzig, G. Die Einblendungen, an die Du erinnerst, gestatten wohl nur in Deiner Einbildung. Was uns rechtzeitig zugeht, findet auch stets seine Geltung. Wenn Du etwas vermisst, so wirst Du die Nummer immer nur bei Dir selbst finden müssen.

Meinungen. Streikabschreibungen werden jetzt nicht veröffentlicht. Der letzte Bericht über Meinungen wurde in Nr. 28 des „Grundstein“ abgedruckt.

Trennenbricken, S. W. Der wirklich verdiente Stundenlohn ist nicht maßgebend, sondern der ortsübliche Stundenlohn, der den Krankentassen zur Grundlage bei Berechnung des Krankengeldes dient. Da wir dessen Höhe nicht kennen, können wir die Frage auch nicht beantworten.

Wilhelm-Oberhausen, W. Die Aufnahme des Schriftsazes über die „Christen“ müssen wir ablehnen. Die eine Tatsache, die darin erwähnt und festgelegt wird, daß ein Angehöriger der freien Gewerkschaften gläubige Kriegen auf die Haupten der „Christen“ sammelte, indem er sie in Gewerkschaften

von einem ganzen Haufen „Arbeitswilliger“ befreite, sobald dadurch der sehr langwierige Streit genommen wurde, kann zwar ihnen immer einmal unter die Nase reden; Gelegenheit wird sich dazu schon einmal bieten.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbefälle.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Sterbefälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 15 pSt.)

Alpolda. Am 27. Juli starb nach kurzem, aber schwerem Krankenlager unser Verbandskollege **Louis Sängers** aus **Wiederröhl** im Alter von 55 Jahren.

Naumburg. Am 24. Juli starb unser Kollege **Paul Starke** im Alter von 32 Jahren an Gehirn-entzündung.

Berlin. Am 28. Juli starb plötzlich unser langjähriges Mitglied **Wilhelm Wegener** im Alter von 42 Jahren an Herzschlag.

Breslau. Am 8. August starb unser treuer Verbandskollege **Dominikus Jeron** im Alter von 61 Jahren an Herzleiden.

Chemnitz. Am 1. August starb unser Mitglied **Bruno Löbner** im Alter von 47 Jahren infolge eines Unfallschlages in seinem Beruf.

Gummersdorf. Am 31. Juli verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Verbandsmitglied **Bruno Ebert** im Alter von 29 Jahren an Schwindel.

Dresden. Am 2. August starb unser Verbandskollege **Theodor Löschner** aus **Altena** im Alter von 54 Jahren an Lungenschwund.

Freiburg i. B. Am 28. Juli ist unser treues Mitglied **Pius Rüsselmeier** im Alter von 30 Jahren bei einem Abtauschung der Automobilkugel zum Opfer gefallen.

München. (Westend.) Am 29. Juli starb nach langem Leiden unser treues Verbandsmitglied **Ferd. Hirschberger** im Alter von 39 Jahren an Lungenerkrankung.

Reiße. Am 27. Juli starb unser Verbandskollege **Karl Krauswald** aus **Neuland** im Alter von 35 Jahren an Schlaganfall.

Münster-Gütersloh. Am 22. Juli starb unser braver Kollege **Johann Köhlein** im Alter von 58 Jahren an Lungenerkrankung.

Reiße. Am 28. Juli starb unser treues Verbandsmitglied **Gottl. Grett** im Alter von 47 Jahren an Lebererkrankung.

Thorn. Am 23. Juli starb unser Verbandskollege **Joh. Polkowsky** im Alter von 38 Jahren an Herzschlag.

Ehre ihrem Andenken!

Localbeamter gesucht.

Im Zweigverein **Wiesbaden** ist die Stelle eines Beamten zu belegen. Es ist eine erste Kraft erforderlich. Vorbedingung ist die genaue Kenntnis der modernen Arbeiterbewegung, sowie der Buch- und Kasseneinrichtung. Die Bewerber müssen außerdem rednerisch begabt sein. Den Offerten ist ein Nachweis der bisherigen Tätigkeit und ein Aufsat über die Aufgaben eines Localbeamten beizufügen. Die Bewerber werden ersucht, ihre Offerten mit der Aufschrift „Localbeamter“ bis spätestens 25. August d. J. an Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Ludwig Hahn,
Erbenheim b. Wiesbaden, Bierstädterstr. 18.

Dt. Eylau.

Der Vorsteher **Ferd. Stross** wohnt jetzt Magazinstraße Nr. 3. [M. 1,20] Der Vorstand.

Ilmenau.

Die Wohnung des Vorstehenden ist jetzt **Mangasse 12, 3 Treppen.** [M. 1,90]

Gesucht wird von seiner Mutter wegen Übernahme seines Anwesens der Kollege **Georg Maier**, geboren am 28. März 1889 zu **Heinersreuth**, Werb.-Nr. 332 110; ist seine genaue Adresse nicht zu finden, wird gerichtliche Nachforschung eingeleitet. Mitteilung nimmt der Zweigverein **Bayreuth** entgegen. Adresse: **Kans Holmann, Bayreuth 99, Gärten 22.** [M. 1,80]

Uelzen.

Samstag, den 18. August, Nachm. 3 Uhr:

:: Stiftungsfest ::

im Lokale der „Drei Linden“, bestehend in Konzert, Preisfeiern und Würfeln, Kinderbelustigungen und darauffolgendem Ball.

Die Kollegen von Uelzen und Umgegend werden besonders darauf hingewiesen und freundlichst eingeladen. [M. 3,60]. Das Komitee.

[M. 3]

Sebnitz.

Samstag, den 25. August:

* Stiftungsfest *

bestehend in Gartenkonzert, verschiedenen

:: :: Belustigungen und Ball :: ::

Die Kollegen von Sebnitz und Umgegend mit ihren Familien werden hiermit eingeladen. Der Vorstand.

Gesucht wird der Maurer **Albert Hessler** aus **Eilenburg**, die irgend welche Kunstfertigkeiten über ihn geben können, werden gebeten, seine Adresse an den Kassierer des Zweigvereins **Eilenburg, Gustav Döring**, sofort einzusenden. [1,20]

Schmiedeberg i. R.

Samstag, den 11. August, Nachmittags 5 Uhr:

Sechstes Stiftungsfest

in den „Drei Kronen“,

unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins,

Alle Kollegen werden ersucht, das Fest zu besuchen. [M. 3] Das Komitee.

Bayreuth.

Sonntag, den 24. August, Abends 8 Uhr:

Stiftes Stiftungsfest

in der „Zentralhalle“,

bestehend in Konzert, Preisfeiern, Gesang und Ball.

Die Kollegen von Stadt und Land sowie alle Gewerkschaftsmitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. [M. 3,80] Das Komitee.

Freiburg i. Sa.

Sonntag, 17. August, Abends 6 Uhr:

Zwölftjähriges Stiftungsfest

im „Etablissement Union“,

bestehend in **Kommernachtsball**.

Die Kollegen sind hierzu freundlichst eingeladen. Verbandsbuch berechtigt zum Eintritt. [M. 3] Der Vorstand.

St. Johann-Saarbrücken.

Samstag, den 11. August:

Dreizehntes Stiftungsfest

im „Tivoli“, St. Johann, Gerberstraße,

bestehend in Preisfeiern, Preisfeiern, Kinderbelustigungen und Abends Ball.

Eintritt 40 pSt.

Sämtliche Kollegen des Zweigvereins werden hiermit freundlichst eingeladen. [M. 3,90] Das Festkomitee.

Dortmund.

Sonntag, den 25. August 1907:

Sommerfest

im Lokale des Herrn Schäfer (Tiefen),

bestehend in Konzert, musikalischen Aufführungen des Arbeiterturnvereins Dortmund und nachfolgendem Festball.

Anfang des Konzerts 3 Uhr Nachmittags,

des Balles 9 Uhr Abends.

Sämtliche Kollegen des Zweigvereins werden hiermit freundlichst eingeladen. [M. 3,60] Das Komitee.

Rötha.

Sonntag, den 18. August, Nachm. 4 Uhr:

Sommervergnügen

im Gasthof zu Gersdorf,

bestehend in **Konzert** und **Ball**.

Alle Kollegen werden zu vollständigem Besuch eingeladen. [M. 3] Das Festkomitee.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 10. August.

Elmsborn. Abends 8 Uhr bei G. Maier.

Brieg. Nachm. 4 Uhr. Referent anwesend.

Freystadt. Nachm. 8 Uhr. Väter sind mitzubringen. Referent anwesend.

Lochau. Nachm. 8 Uhr in Webers Gasthof in Naßau.

Dienstag, den 13. August.

Berlin. (Sektion der Eisenleger). Gemischte Versammlung in den „Müller-Sälen“, Kaiser-Wilhelm-Str. 11. Mitgliedsbuch legitimiert.

Liegnitz. Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 15. August.

Grünberg i. Schl. Abends 8½ Uhr bei Frau Wöhl. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Sonntag, den 17. August

Bunzlau. Abends 8½ Uhr in der „Königin“. Referent anwesend.

Sonntag, den 18. August.

Fürstenwalde. Vorm. 10 Uhr bei Max Thomas, Wilmshofenstraße.

Lindow. Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Sellbrand.

Keuschberg. Nachm. 4 Uhr im „Gasthof“ zu Zöllow.

Unterweissbach. Nachm. 8 Uhr im „Gasthaus zur Sonne“ in Mettenbach. Referent anwesend.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Rütz & Co. in Hamburg.